

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben (MA 4)

Die Erstellung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1999 erfolgte gemäß § 86 WStV und der Haushaltsordnung (MD-2349-1/85, MD-1624-1/87 und MD-1588-1/89). Er wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 23. bis 25. November 1998 genehmigt. Bei der Festlegung der Einnahmen- und Ausgabenpositionen wurde einerseits auf das voraussichtliche Ergebnis des laufenden Jahres und andererseits auf die Vereinbarung von Bund, Ländern und Gemeinden über einen Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte zur Einhaltung der so genannten „Maastricht-Kriterien“ Bedacht genommen.

Unter diesen Voraussetzungen sah der **Voranschlag 1999** folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

	ATS
Einnahmen	130.814.097.000
Ausgaben	140.270.814.000
Abgang	9.456.717.000

Damit konnte zum Voranschlag 1999 das als Grundlage für die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern vorgegebene „Maastricht-Defizit“ eingehalten werden.

Die **wichtigsten Einnahmearten** und deren Anteil an den Gesamteinnahmen zeigt folgende Übersicht:

	ATS	Anteil in Prozent
Eigene Steuern und Abgaben	19.213.667.000	14,7
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben	39.868.000.000	30,5
Einnahmen aus Leistungen	21.013.028.000	16,0
Beiträge des Bundes für den Lehrpersonalaufwand	7.021.027.000	5,3
Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse	13.247.706.000	10,1
Eigene Fremdmittelaufnahmen	3.467.502.000	2,7
Fremdmittelaufnahmen für Dritte	50.003.000	0,1
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	87.991.000	0,1
Sonstige Einnahmen	26.845.173.000	20,5
Summe	130.814.097.000	100,0

Eine Gliederung der Gesamtausgaben nach den wichtigsten Ausgabegruppen zeigt die nachstehende Tabelle:

	ATS	Anteil in Prozent
Leistungen für das Personal	34.693.077.000	24,7
Pensionen und sonstige Ruhebezüge	8.681.356.000	6,2
Instandhaltungsaufwand	8.632.440.000	6,1
Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung	8.852.252.000	6,3
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe	50.003.000	0,1
Eigener Schuldendienst	10.706.441.000	7,6
Schuldendienst für Dritte	87.991.000	0,1
Investitionen, Investitionsbeiträge und sonstige Kapitaltransfers.....	14.951.682.000	10,7
Sonstige Ausgaben	53.615.572.000	38,2
Summe	140.270.814.000	100,0

Der prozentuelle Anteil der Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstiger Ruhebezüge an den Gesamtausgaben sank trotz Bezügerhöhung gegenüber dem Jahr 1998 um 0,7 % auf 30,9 %.

Für den eigenen Schuldendienst waren ATS 10.706 Mio. vorgesehen, das ist um ATS 1.702 Mio. höher als im Vorjahr. Der prozentuelle Anteil dieser Ausgabengruppe steigt von 6,6 % auf 7,6 %. Für Tilgungen waren insgesamt ATS 8.240 Mio. und für die Verzinsung ATS 2.467 Mio. vorgesehen.

Der Schuldendienst für Dritte, der zur Gänze ersetzt wird, sank insgesamt um rund ATS 40 Mio. auf ATS 88 Mio.

Bei den Investitionen, Investitionsbeiträgen und Kapitaltransfers ergab sich im Vergleich mit dem Vorjahr ein nomineller Rückgang um ATS 1.074 Mio. auf ATS 14.952 Mio., wobei sich hier auf Grund der Budgetgestion der Erweiterung der Dezentralisierung Verschiebungen in die „sonstigen Ausgaben“ ergeben haben.

Die sonstigen Ausgaben stiegen – nicht zuletzt deshalb – nominell um ATS 2.638 Mio. und erreichten ATS 53.616 Mio. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben betrug 38,2 %.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 22. Juni bis 23. Juni 1999 genehmigte **Rechnungsabschluss für das Jahr 1998** ergab bei Gesamteinnahmen von ATS 130.529 Mio. und Gesamtausgaben von ATS 136.852 Mio. einen Abgang von ATS 6.323 Mio. Zur Deckung des Abganges wurden sowohl Fremdmittelaufnahmen als auch Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage herangezogen.

Der **Voranschlag 2000** rechnet bei Gesamteinnahmen von ATS 121.331 Mio. und Gesamtausgaben von ATS 130.976 Mio. mit einem Gebarungsabgang von ATS 9.645 Mio., das sind 7,4 % der Gesamtausgaben. Das so genannte Maastricht-Defizit, in welchem beispielsweise Schuldentilgungen keine Berücksichtigung finden, beläuft sich auf ATS 2.251 Mio. Es liegt damit unter dem in der Grundlage für die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung des insgesamt zulässigen Maastricht-Defizites errechneten Wert. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuss auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag künftiger Verwaltungsjahre zu veranschlagen.

Weiters wurden in Anbetracht der Unwägbarkeit bei bestimmten eigenen Steuern zwei „**außerordentliche Budgets**“ mit ATS 900 Mio. bzw. ATS 600 Mio. vorgelegt, die je nach Einnahmenrealisierung partiell bzw. vollständig freigegeben werden.

Die Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurde gemeinsam mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds schwerpunktmäßig im Industriepark Nord fortgesetzt. Weiters wurden Aufschließungsmaßnahmen im Bereich 22., südlich Rautenweg, 21., ehemalige SGP-Gründe, und 12., Liebenstraße, durchgeführt.

In Vorbereitung auf die im Jahr 2000 stattfindenden **Finanzausgleichsverhandlungen** wurde die von der MA 4 in Auftrag gegebene Studie „Die Stellung Wiens bezüglich der Aufbringung und Zuteilung öffentlicher Mittel und Leistungen in ausgewählten Sachbereichen“ vom Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik fertig gestellt.

Im Bereich der Revisionsstelle der MA 4 wurden im Jahr 1999 insgesamt rund 28.300 Abgabenprüfungen durchgeführt. Der fiskalische Erfolg dieser Überprüfungen beträgt insgesamt rund ATS 342 Mio.

Im Rahmen der gemeinsamen Aktion der Stadt Wien mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft (U-Bahnhilfsaktion) wurden diverse Ansuchen von Gewerbetreibenden, die sich durch den U-Bahn-Bau in ihrer Existenz bedroht sahen, überprüft und entsprechende Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

Die Tätigkeit des Referates 3 – Budgetkontrolle und Kollaudierung umfasste insgesamt rund 450 Baustellen, wobei etwa 11.100 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund ATS 5,6 Mrd. geprüft wurden. Dabei wurden Einsparungen in Höhe von rund ATS 405 Mio. erzielt.

Der **Verwaltungsgerichtshof** hat mit Erkenntnissen aus den Jahren 1996 bis 1999 festgestellt, dass bei beteiligten Geschäftsführern einer GmbH. bzw. bei Vorstandsmitgliedern einer Aktiengesellschaft ein der Kommunalsteuerpflicht unterliegendes Dienstverhältnis vorliegt, wenn die betreffende Person kein Unternehmerrisiko trifft und sie in den betrieblichen Organismus eingegliedert ist.

Mit dem Erkenntnis eines verstärkten Senates vom 22. September 1999, Zl. 96/15/0049, hat der Verwaltungsgerichtshof seine Rechtsprechung abgeändert und bejaht nunmehr die Zulässigkeit der Geltendmachung einer Haftung nach den §§ 80 ff BAO nach rechtskräftiger Bestätigung eines Ausgleichs des Primärschuldners auch für die die Ausgleichsquote übersteigenden Abgabenschulden.

Die mit der 18. bzw. 20. Novelle zur Straßenverkehrsordnung beschlossenen **Änderungen der Bestimmungen für Behinderte** erforderten eine Anpassung der an diese bundesgesetzlichen Vorgaben anknüpfenden Befreiungsbestimmungen des Parkometersgesetzes. Damit konnte erreicht werden, dass die Behinderten in diesem abgabenrechtlichen Bereich nicht schlechter gestellt sind als in straßenpolizeilicher Hinsicht.

Im Zuge der Ausarbeitung des diesbezüglichen Gesetzesentwurfes wurde gleichzeitig auch der Strafrahmen für die Nichterteilung einer Lenkerauskunft auf das gleiche Ausmaß angehoben, welches für die beanstandete Verwaltungsübertretung selbst vorgesehen ist. Damit wird den auskunftspflichtigen Zulassungsbesitzern die Motivation entzogen, das mit geringerer Strafe bedrohte Delikt der Auskunftsverweigerung zu begehen, anstatt sich oder eine andere Person der Verfolgung der mit höherer Strafe belegten angezeigten Übertretung auszusetzen.

Darüber hinaus wurde die Befreiungsbestimmung für Fahrzeuge der ÖBB aus dem Parkometersgesetz entfernt und gleichzeitig die für die Euro-Umstellung erforderlichen Anpassungen vorgenommen.

Das **Wiener Getränkesteuergesetz 1992** war, ebenso wie die Wiener Getränkesteuerverordnung 1992, durch LGBl. für Wien Nr. 11/2000 bzw. mit Verordnung Amtsblatt Nr. 49/1999, verschiedenen durch den Bundesgesetzgeber ausgelösten Veränderungen anzupassen, wie z. B. im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der Personalkosten als Abzugsposten bei der Ermittlung der Getränkesteuer-Bemessungsgrundlage.

Finanzwirtschaft und Haushaltswesen (MA 5)

Wichtige Veränderungen sind in der Gesetzgebung, wie folgt, eingetreten:

1. BGBl. Nr. 19/1999 (ausgegeben am 12. Jänner 1999)

Bundesgesetz, mit dem das Mietrechtsgesetz geändert wird

2. BGBl. Nr. 32/1999 (ausgegeben am 12. Jänner 1999)

Bundesgesetz, mit dem das Finanzausgleichsgesetz 1997 geändert wird

3. BGBl. Nr. 78/1999 (ausgegeben am 20. Mai 1999)

Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1996 geändert wird

4. BGBl. Nr. 106/1999 (ausgegeben am 14. Juli 1999)

Bundesgesetz, mit dem das Einkommenssteuergesetz 1988, das Körperschaftssteuergesetz 1988, das Umgründungssteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Gebührengesetz 1957, das Versicherungssteuergesetz 1953, das Feuerchutzsteuergesetz 1952, das Kapitalverkehrssteuergesetz, das Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, das Grunderwerbssteuergesetz 1987, das Elektrizitätsabgabengesetz, das Mineralölsteuergesetz 1995, das Investmentfondsgesetz 1993 und die Bundesabgabenordnung geändert werden und mit dem ein Bundesgesetz, mit dem die Neugründung von Betrieben gefördert wird (Neugründungs-Förderungsgesetz – NEUFÖG), eingeführt wird, weiters das Versicherungsaufsichtsgesetz 1978, das Gerichtsgebührengesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Notarversicherungsgesetz 1972, das Behinderteneinstellungsgesetz, das Finanzausgleichsgesetz 1997 und das Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz 1996 geändert werden (Steuerreformgesetz 2000)

5. BGBl. Nr. 136/1999 (ausgegeben am 23. Juli 1999)

Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird

6. BGBl. Nr. 147/1999 (ausgegeben am 13. August 1999)

Bundesgesetz, mit dem das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, das Mietrechtsgesetz, das Wohnungseigentumsgesetz 1975, die Exekutionsordnung, das Heizkostenabrechnungsgesetz, das Kleingartengesetz, das Bundessonderwohnbaugesetz 1982 und das Bundessonderwohnbaugesetz 1983 geändert werden

7. BGBl. Nr. 204/1999 (ausgegeben am 23. Dezember 1999)

Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs (Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehrsgesetz 1999 – ÖPNRV-G 1999)

8. LGBl. Nr. 10/1999 (ausgegeben am 2. Februar 1999)

Gesetz, mit dem das Wiener Garagengesetz geändert wird

9. LGBl. Nr. 14/1999 (ausgegeben am 26. Februar 1999)

Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung der Wiener Landesregierung über die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe geändert wird

10. Amtsblatt Nr. 20/1999 (ausgegeben am 20. Mai 1999)

Verordnung des Gemeinderates, mit der ein Statut für die Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen erlassen wird.

Bezirksbudgets

Für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, wurden im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderates im Verwaltungsjahr 1999 rund ATS 2.177 Mio. zur Verfügung gestellt. Daneben wurden den Bezirken auf Grund von Beschlüssen des Wiener Gemeinderates weitere Mittel als Zuweisung im Jahr 1999 bereitgestellt. Und zwar ATS 90 Mio. für die bauliche Instandhaltung der Kindertagesheime und der allgemein bildenden Pflichtschulen, ATS 140 Mio. für die Generalsanierung von allgemein bildenden Pflichtschulen und ca. ATS 11,1 Mio. für das Projekt „Wiener Bildungsnetz“. Solchermaßen verfügten die Bezirke im Jahr 1999 über Mittel in der Höhe von ATS 2.418,1 Mio.

Die Bezirksrechnungsabschlüsse 1998 wurden Mitte März des Berichtsjahres erstellt. Diese zeigten, dass bei Bezirksmitteln von ca. ATS 2.009 Mio. Ausgaben (für Vorhaben) von etwa ATS 1.823 Mio. getätigt wurden. Die nicht verbrauchten Mittel von ATS 186 Mio. wurden der Bezirksrücklage zugeführt. Mit Stichtag 31. Dezember 1998 erreichte die Bezirksrücklage für alle Bezirke einen Stand von ATS 494 Mio. – resultierend aus nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 1998 sowie der Vorjahre, Prämien für die Bezirksrücklage und anrechenbaren Zuwendungen. Zum Bezirksrechnungsabschluss 1998 musste kein einziger Bezirk einen Vorgriff tätigen, sodass jeder Bezirk über eine Bezirksrücklage verfügte.

Im Juni des Jahres 1999 fanden in den Bezirken die Budgetbesprechungen des Verwaltungsausschusses des Bezirkes mit den Dienststellen des Magistrates hinsichtlich der Bezirksbudgets für das Verwaltungsjahr 2000 statt. Im Jahr 2000 sind es rund ATS 2.124 Mio., die den Bezirken im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderates für die finanzielle Bedeckung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen.

Finanzwirtschaft

Geld- und Kreditwesen, Fremdmittelaufnahmen

Im Rahmen der Fremdmittelaufnahmen für das Jahr 1999 wurde aufgrund der beschlussmäßigen Ermächtigungen des Gemeinderates seitens der Stadt Wien folgende Finanztransaktion durchgeführt:

250 Millionen CHF-Anleihe 1999–2004 (öffentliche Anleihe).

Diese Transaktion erbrachte einen Betrag von rund 2,14 Milliarden ATS.

Des Weiteren wurde die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung einer 75 Millionen CHF-Anleihe 1989–2009 wahrgenommen.

Wohnbau

Im Jahr 1999 wurden zur teilweisen Finanzierung des städtischen Wohnhausneubaues Hypothekendarlehen in der Höhe von ATS 254.042.718 aufgenommen, wovon ein für die Baufinanzierung erforderlicher Anteil von $\frac{2}{3}$ der Darlehen, das sind ATS 169.361.812, zuzählbar sein wird.

Im Bereich WWFSG 1989 Neubau Art. II BGBL. Nr. 32/92 Nachträge zu ehemaligen Landesdarlehen wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von ATS 40.919.300 aufgenommen.

Die Zuzählungen für den Wohnhausneubau lassen sich folgendermaßen darstellen:

WWFSG 1989 – Neubau Kletterdarlehen	ATS 531.816.901
WWFSG 1989 – Art. II	ATS 52.016.100

Nach Novellierung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes WWFSG 1989 konnten heuer wieder WBF 1968 Darlehen konvertiert werden. Dies bedeutet, dass die Konditionen der Hypothekendarlehen, die gemäß den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 aufgenommen wurden und für die keine Annuitätzuschüsse seitens des Landes Wien mehr geleistet werden, so geändert werden, dass die Verzinsung von antizipativ auf dekursiv umgestellt wird, ab dem Zeitpunkt der Umstellung der Zinssatz gem. § 2 Abs. 3 Z 4 der Verordnung zum WWFSG 1989 LGBL. Nr. 44/1994 in der Fassung LGBL. Nr. 37/1998 höchstens 0,5 % über der Sekundärmarktrendite des vorangegangenen Jahres für Emittenten Inland liegt und die neue Laufzeit des Darlehens laut § 10 der Verordnung LGBL. Nr. 44/1994 mit 25 Jahren festgesetzt wird.

Insgesamt wurden somit im Jahr 1999 Darlehen in der Höhe von ATS 282.294.691 konvertiert.

Wohnhaussanierung

Im Sanierungs- und Instandhaltungsbereich wurde 1999 von der MA 5 insgesamt ATS 1.239.540.472 an Darlehen aufgenommen, die Zuzählung in diesen Bereichen betrug ATS 1.211.199.850.

Für die Einzelverbesserungen – den nachträglichen Fernwärmeanschluss von Wohnungen betreffend – wurden Darlehen in Höhe von ATS 66.671.000 aufgenommen und mit gleicher Valuta zugezählt.

Im Rahmen der Wohnhaussanierung 1984 wurden 1999 keine Nachtragsdarlehen aufgenommen. Die Zuzählungen in diesem Bereich betrugen ATS 3.618.000.

Bürgschaften

Im Jahr 1999 wurden aufgrund entsprechender organmäßiger Genehmigungen folgende Bürgschaften übernommen, und zwar im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 in 13 Fällen einschließlich Nachtragsdarlehen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von ATS 9.754.100 und im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, in 106 Fällen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von ATS 226.614.151. Im Bereich des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück – Mieter, wurden in 76 Fällen Bürgschaften in der Höhe von ATS 9.083.000 übernommen.

Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Im Rahmen dieser im Jahr 1989 ins Leben gerufenen Aktion wurden im Rechnungsjahr 1999 für 694 Antragsteller ATS 37.380.277, das sind 96 % der vom Finanzamt für Gebühren und Verkehrsteuern, und für 47 Antragsteller ATS 1.537.367, das sind vorerst – aufgrund der Vorlage des Anwartschaftsvertrages – 86 % der vom Finanzamt für Eigentümer vorgeschriebenen Grunderwerbsteuer, ausbezahlt.

Insgesamt kamen im Rechnungsjahr 1999 im Rahmen der Aktion ATS 38.917.644 für 741 Antragsteller zur Auszahlung.

Fünf im Rahmen dieser Aktion eingereichte Objekte konnten 1999 endabgerechnet werden.

Die Summe der Rückersätze bzw. Storni aufgrund eines verringerten Endabrechnungsbetrages oder von Vertragsrücktritten errechnet sich mit ATS 4.225.354.

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

1. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

a) Bundesförderung gemäß Wasserbauten- bzw. Umweltförderungsgesetz:

Gemäß Wasserbautenförderungsgesetz konnten aufgrund bestehender Darlehensverträge mit dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds Darlehensschlusszuzahlungen für Investitionen der Magistratsabteilungen 30 und 31 in einer Höhe von rund ATS 172 Mio. lukriert werden.

Gemäß Umweltförderungsgesetz 1993 wurden 1999 44 neue Projekte der Fachdienststellen mit Baukosten von rund ATS 614 Mio. eingereicht und 20 Förderverträge für Investitionen mit einer Barwertförderung im Ausmaß von rund ATS 81 Mio. angenommen. An Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen konnten nach dem neuen Förderungssystem rund ATS 53 Mio. vereinnahmt werden.

b) Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft:

Im Rahmen der 1993/1994 ins Leben gerufenen Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft konnten im Jahr 1999 20 Darlehen, die zur Erlangung von Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen nach dem Umweltförderungsgesetz sowie den dazugehörigen Förderungsrichtlinien – Siedlungswasserwirtschaft aufgenommen werden müssen, von über ATS 256 Mio. zugesagt werden. Aufgrund dieser bzw. bereits in den Vorjahren getätigten Darlehenszusagen wurden 1999 rund ATS 129 Mio. und somit insgesamt bereits mehr als ATS 2,4 Mrd. an Darlehensbeträgen ausbezahlt.

2. Altlasten

Im Bereich der Altlastensanierung wurde der Antrag auf Kostenerhöhung zu dem Projekt EBS-BP-TKV in Höhe von ATS 30 Mio. zugesichert.

Die zu den bereits zugesicherten Projekten beantragten Mittel konnten im Jahr 1999 nicht lukriert werden. Diese Mittel werden somit erst im Jahr 2000 fließen.

Krankenanstaltenfinanzierung

Vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden 1999 Kostenersätze für Leistungen der Organgewinnung in Höhe von insgesamt rund ATS 11.785.984 angewiesen.

Betriebsabgangsdeckung privater Krankenanstalten

Die aus den mit den Rechtsträgern der gemeinnützigen Ordensspitäler im Jahr 1998 abgeschlossenen Vereinbarungen zur teilweisen Deckung des Betriebsabganges resultierenden Akontozahlungen für das Jahr 1999 in Höhe von insgesamt rund ATS 277.560.000 wurden zur Anweisung gebracht.

Betriebsabgangsdeckung öffentlicher Krankenanstalten

Dem Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds wurde im Jahr 1999 für die Auszahlung des von ihm festzustellenden 50%igen Betriebsabganges gemäß § 56 (2) Wiener KAG des Hanusch-Krankenhauses ein Betrag in Höhe von rund ATS 289.240.000 zur Verfügung gestellt.

Internationale Organisationen

Im Jahr 1999 wurde für die Beteiligungen an den Unterbringungskosten internationaler Organisationen ein Betrag in der Höhe von ATS 16.486.142 angewiesen.

Fonds

Zur Finanzierung der weiteren Geschäftstätigkeit sowie zur Sicherstellung der Ausfinanzierung der von den Fonds geplanten Maßnahmen wurden dem Wiener Integrationsfonds Barmittel in Höhe von ATS 75 Mio. und dem Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds Barmittel in Höhe von ATS 125 Mio. im Wege von Nachdotationen zugeführt.

Subventionen und Beiträge

Aus Subventionsmitteln der MA 5 werden vor allem private Organisationen und Einrichtungen gefördert, die sich mit sozialen Projekten und Aufgabenstellungen befassen, insbesondere im Bereich der Krankenpflege und Nachbarschaftshilfe, der Hilfe für Behinderte und für Suchtkranke, allgemeiner Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe etc.

Herauszuheben sind die Tragung der Geschäftsstellenkosten des Fonds „Kuratorium Wiener Jugendheime“ und die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Behinderte (neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen).

Weiters werden wirtschafts- und berufsfördernde Organisationen (so z. B. der Wiener Zuwandererfonds bezüglich der Geschäftsstellenkosten) sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen unterstützt. Im Zusam-

menwirken mit dem AMS Wien wurden auch 1999 mehrere Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose, Frauen und Suchtkranke gefördert. Die Wiener Landwirtschaft wurde weiter im Rahmen der neustrukturierten Förderung mit EU-kofinanzierten und nationalen Spartenförderungsmaßnahmen unterstützt, wozu noch die bisherigen Zuschüsse für den Kammerbetrieb der Wiener Landwirtschaftskammer kamen.

Des Weiteren ist die Förderung des Ausbaus von Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, anderer jüdischer Organisationen und von Unterstützungsvereinen jüdischer Einrichtungen hervorzuheben.

In den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Finanzen und Wirtschaftspolitik und des Gemeinderates, welche Organe verfassungsmäßig für die Genehmigung von Förderausgaben der Finanzverwaltung zuständig sind, wurden Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund ATS 411,02 Mio. bewilligt, wovon auf die Förderung von Investitionsvorhaben rund ATS 123,42 Mio. entfielen.

Auf Grund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates wurden für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im In- und Ausland (seit 1. Juli 1998 nur mehr Verrechnung für die Mitgliedschaften des eigenen Geschäftsbereiches und nicht ansatzführender Dienststellen) und für sonstige laufende Förderbeiträge im Jahr 1999 insgesamt rund ATS 288,51 Mio. ausgegeben. Auf Investitionen entfielen davon rund ATS 71,35 Mio.

Beteiligungen

In Vollziehung des Beschlusses des Wiener Gemeinderates über die Abtretung der Beteiligung der Stadt Wien an der Wiener Veranstaltungsservice GmbH. (WVS) an eine 100%ige Tochtergesellschaft der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien reg. Gen.m.b.H. sind mit dem am 3. August 1999 von beiden Vertragsparteien unterzeichneten Abtretungsvertrag 10 % der Geschäftsanteile der WVS (der gesamte von der Stadt Wien gehaltenen Anteil) an die „RUFUS“ Beteiligungs GmbH. übergegangen.

Wiener Stadtwerke – Ausgliederung

Die Wiener Stadtwerke wurden nunmehr mit Wirkung 1. Jänner 1999 privatisiert. Als „Konzernmutter“ wurde die Wiener Stadtwerke Holding AG eingerichtet, die zu 100 % im Eigentum der Stadt Wien steht. Weiters wurden die ehemaligen Teilunternehmungen sowie 100 % Beteiligungen als Tochtergesellschaften installiert. Dabei handelt es sich um die WIENSTROM GmbH., die WIENGAS GmbH., die BESTATTUNG WIEN GmbH., die WIENER LINIEN GmbH. & Co KG, die FERNWÄRME WIEN GmbH. sowie die BMG BETEILIGUNGSMANAGEMENT GmbH.

Klima-Wind-Kanal

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 1999 den Beschluss gefasst, das Projekt Klima-Wind-Kanal durch ein nachrangiges Darlehen in Höhe von ATS 181.400.000 zu unterstützen.

SCOPE – Internationale Konferenz über die Zukunft der Informationstechnologie

Der Finanzierungsbetrag Wiens zu dieser Konferenz in Höhe von ATS 10 Mio. wurde im Jahr 1999 ausbezahlt.

Science Center Wien

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 1999 die Übernahme einer Ausfallhaftung in Höhe von 50 % der Projektvorlaufkosten für das Science Center Wien beschlossen.

Virtual Reality Center

Im Jahr 1999 wurden ATS 5 Mio. zur Anschaffung der Hard- und Software für das Virtual Reality Center zur Anweisung gebracht.

Wirtschaftsförderung

In Fortführung der bereits länger bestehenden Förderaktionen wurden z. B. 574 Kreditanträge für die **Gemeinsame Kreditaktion** verzeichnet, wovon 550 Anträge positiv erledigt werden konnten. Bedingt durch das verstärkte Engagement des Bundes und der Wiener Wirtschaftskammer sowie im Hinblick auf die Vielzahl der Anträge wurde der finanzielle Beitrag der Stadt Wien mit Gemeinderatsbeschluss vom 28. Jänner 1999 wieder mit ATS 15 Mio. festgesetzt. Im Rahmen der **Aktion zur Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien** kam es zu 8 Kreditneuvergaben mit einem Gesamtkreditvolumen von ATS 2,4 Mio.

Durch Verhandlungen mit den an der Förderaktion beteiligten Banken konnte erreicht werden, dass der Zinssatz für neuvergebene Kredite ab dem 1. Dezember 1999 von bisher 4 % p.a. auf 3 % p.a. gesenkt wurde.

Auch hinsichtlich jener Förderaktionen, die im Interesse einer Zentralisierung des Förderungswesens beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beantragt und geprüft werden, ist neuerlich eine starke Inanspruchnahme im Jahr 1999 festzustellen. So wurden im Rahmen der **Wiener Strukturverbesserungsaktion** (ehemals „Wiener Struktur- und Umweltverbesserungsaktion“ – STUVA) 27 Zuschüsse in Höhe von insgesamt ATS 64.929.324 gewährt.

Im Rahmen der Aktion zur Förderung von Investitionen im Bereich der C-Techniken wurden 277 Zuschüsse in Höhe von insgesamt ATS 103.323.533 vergeben. Bei der mit Beschluss des Gemeinderates vom 28. Oktober 1988 geschaffenen Aktion zur Förderung zusätzlicher hoch qualifizierter Mitarbeiter in Wiener Klein- und Mittelbetrieben (Initiative „Qualifizierte Mitarbeiter“) wurden 1999 67 Zuschüsse vergeben, die ein Gesamtvolumen von ATS 13.664.724 auslösten. In der von Aktion zur Vermeidung von (F)CKW-Emissionen in Altlastensanierungsaktion geänderten Aktion wurden 3 Fälle mit einem Zuschussvolumen von ATS 247.021 positiv erledigt, im Rahmen der Nahversorgungsförderungsaktion konnten 662 Fälle mit einem Volumen von ATS 67.224.088 positiv erledigt werden.

Im Rahmen der im Jahre 1996 erstmals abgewickelten Zuschussaktion für Kleinunternehmer in der URBAN-Zone konnten im Jahre 1999 176 positiv erledigte Anträge mit einem Volumen von ATS 18.370.795 verzeichnet werden, in der Wiener Unternehmensgründungsaktion wurden 1999 300 Anträge mit einem Volumen von ATS 49.088.839 positiv erledigt.

Mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 3. Mai 1999, Pr.Z. 88/99-GFW wurde die Adaptierung der Förderungsrichtlinien der U-Bahn-Hilfsaktion zur Unterstützung von, durch den U-Bahnbau in ihrer Existenz bedrohten, Handels- und Gewerbetreibenden genehmigt. Im Jahre 1999 wurden insgesamt 33 Betriebe mit einem Betrag von ATS 776.199 gefördert.

Im Zuge der Aktion „Gewerbeorientierte Blocksanierung“, bei der ansässigen Betrieben ganzer Baublöcke eine betriebswirtschaftliche Beratung angeboten wird, wurden im Jahr 1999 ATS 1.500.000 für 11 Gebiete zur Verfügung gestellt.

NT – New Technologies Zukunftsprogramm

Die Aktion „NT – Technologisches Zukunftsprogramm“ hatte mit 12 positiven Anträgen – bei einem Förderungsvolumen von ATS 12.863.000 – einen derart positiven Effekt auf die Wiener Wirtschaft, dass mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 9. September 1999, Pr.Z. 141/99-GFW, eine Laufzeitverlängerung um ein weiteres Jahr unter dem neuen Namen „Trans Koop Wien – Aktion zur Förderung von Wissenschaftstransfer und Kooperationen“ unter Berücksichtigung modifizierter Rahmenrichtlinien beschlossen wurde.

Betriebliche Umweltförderung

Zur Förderung des vorsorgenden betrieblichen Umweltschutzes hat die Stadt Wien mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 17. Dezember 1998, Pr.Z. 176/98-GFW, im Rahmen des ÖKO BUSINESSPLAN WIEN eine betriebliche Umweltförderungsaktion geschaffen. Im Zuge dieser Aktion wurden zwei Anträge in der Förderungshöhe von ATS 538.137 anerkannt.

Da Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft auch weiterhin von größter Bedeutung sind, wurde im Jahr 1993 die Innovationsförderungsaktion zu einer „Wiener Innovations- und Technologieförderung“ modifiziert. Im Rahmen dieser Aktion wurden im Jahr 1999 42 Fälle mit einem Gesamtbetrag von ATS 72.798.400 positiv erledigt. Davon entfallen auf die einzelnen Projektphasen folgende Beträge:

Forschung und Entwicklung	ATS 69.093.000
Wirtschaftliche Umsetzung	ATS 3.705.400

In Erweiterung der Förderungstätigkeit durch die Stadt Wien wurde im Jahre 1999 eine neue Förderungsaktion geschaffen:

Gewerbehofinitiative zur Abgeltung von Betreiberleistungen

Mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 6. April 1999, Pr.Z. 70/99-GFW, wurde die Schaffung einer „Gewerbehofinitiative zur Abgeltung von Betreiberleistungen“ genehmigt. Ein „Gewerbehof“ dient der Unterbringung mehrerer kleiner und mittlerer produzierender Gewerbebetriebe bzw. produktionsnaher Dienstleister und zeichnet sich dadurch aus, dass er in seiner Funktion über ein reines Immobilienprojekt hinausgeht und ein Betreiber den Mietern umfassende Betreuungs- und Serviceleistungen anbietet.

Mit dieser Aktion wird Betriebsschließungen bzw. -abwanderungen aus dem Wiener Stadtgebiet ins Umland entgegengewirkt. 1999 wurden zwei Gewerbehöfe mit einem Volumen von ATS 6.436.800 positiv genehmigt.

Neben den genannten Förderungsaktionen erfolgten immer wieder spezielle bedarfsorientierte Maßnahmen der Wirtschafts- bzw. der Technologieförderung.

Um die Nahversorgungsfunktion der gewachsenen innerstädtischen Einkaufsstrassen weiterhin zu erhalten und zu verbessern, wurden 1999 wieder ATS 10 Mio. für die Wiener Geschäftsstraßenförderungsaktion und ATS 7,5 Mio. für den Sonderprojektrahmen für Geschäftsstraßenaktivitäten aufgebracht.

Mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 9. September 1999, Pr. Z. 149/99 – GFW, wurde eine Kostenbeteiligung der Stadt Wien in Höhe von ATS 1.850.000 für das in Wien stattfindende Studentenfestival im Rahmen des EuroPrix 1999 genehmigt.

Mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 9. September 1999, Pr. Z. 151/99-GFW, wurde die Beteiligung Wiens am Kplus-Programm betreffend das „Forschungszentrum Telekommunikation Wien“ in Höhe von 25 % der Gesamtkosten genehmigt.

Sektorplanförderung

Bei der Sektorplanförderung handelt es sich um eine gemeinsame Maßnahme der Europäischen Union, des Bundes und des jeweiligen Bundeslandes, die Investitionen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterstützt.

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden über diesbezügliche Beschlüsse der Wiener Landesregierung drei Betriebe aus dem Bereich Fleischverarbeitung, Wurst- und Fleischwarenerzeugung sowie Herstellung von Fertigenmenüs, Schnittsalaten und Tiefkühlknödeln gefördert. Das Förderungsvolumen belief sich auf insgesamt ATS 24.690.000, wobei die Anteile des Landes ATS 4.767.639, des Bundes ATS 7.152.693 und der EU ATS 12.769.668 betragen.

Zinsfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser – im gesundheits-, umwelt- und sozialpolitischen Interesse gelegenen – Aktion kann die Stadt Wien zinsfreie Darlehen für die Dauer von 5 Jahren gegen grundbücherliche Sicherstellung für den Anschluss bereits bestehender Eigenheime an das öffentliche Kanalnetz gewähren.

Im Rahmen dieser Aktion wurden im Rechnungsjahr 1999 insgesamt ATS 578.426 zugezählt.

Im November 1999 wurde die Bedingung der Anschlussverpflichtung aus der Aktion genommen. Dies bedeutet, dass auch Antragsteller ohne Anschlussverpflichtung die Möglichkeit zur Einreichung auf Gewährung eines zinsfreien Darlehens haben.

Ersatzvornahmen

Der MA 5 obliegt es aufgrund der jeweiligen Rechtsgrundlage in Zusammenarbeit mit der MA 6 – Erhebungs- und Vollstreckungsdienst, der MA 6 – Buchhaltungsabteilung 2 und 5, der Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und den Magistratischen Bezirksämtern (Erstellung der Kostenbescheide), die Erledigung der Ersatzvornahmen durchzuführen.

Insgesamt wurden im Rechnungsjahr 1999 ATS 3.118.036 zur Begleichung von Rechnungen an diverse Firmen ausbezahlt und der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben und zur Gebühr gestellt. ATS 1.320.550 konnten auf der Einnahmeseite als einlangende Rückzahlungen verzeichnet werden.

Im Dezember 1998 ergab sich ein Saldo an noch ausstehenden Ersatzvornahmekosten von ATS 3.746.717. Nach Hinzurechnung von ATS 3.118.036 an Ausgaben und Abzug von ATS 1.320.550 an Einnahmen ergibt sich für 1999 ein Saldo in der Höhe von ATS 5.544.203.

Lenkungsgruppe Unternehmen KAV

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Wiener Krankenanstaltenverbundes ist die MA 5 in die laufenden Gespräche und in der Arbeitsgruppe Finanz- und Rechnungswesen federführend involviert.

Rechnungsamt (MA 6)

Planmäßig mit Beginn des Berichtsjahres wurde das Dokumentenrouting (Aktenworkflow) auf alle ein- und ausgehenden Schriftstücke des Buchhaltungsdienstes der Stadt Wien ausgedehnt. Über die so genannte „View“ wurde zahlreichen Dienststellen die Möglichkeit des benutzerabhängigen Zugriffs eingerichtet. Der Schriftverkehr mit dem Kontrollamt, der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision, der MA 14 und einigen Abteilungen des Buchhaltungsdienstes erfolgt nunmehr fast ausschließlich über dieses Medium. Mit Beginn des Jahres 2000 ist geplant, den Schriftverkehr innerhalb des gesamten Buchhaltungsdienstes unter Einbeziehung des Personalreferates der MA 6 nur noch über das Archiv abzuwickeln.

Der EDV-Bereich des Buchhaltungsdienstes stand hauptsächlich im Zeichen der Vorbereitung auf den Jahrtausendwechsel. Zahlreiche Tests und Zeitreisen wurden durchgeführt, sodass aus Sicht des Buchhaltungsdienstes im Zuge des Jahreswechsels keine Friktionen zu erwarten waren bzw. im Zuge des bevorstehenden Rechnungsabschlusses 1999 sein werden.

Zusätzlich waren für den geplanten Einsatz von SAP in den Dienststellen MA 14, MA 31, MA 33 sowie dem Wiener Krankenanstaltenverbund Schnittstellen zu realisieren und organisatorische Abläufe zu definieren, die gewährleisten, dass die Universelle Haushaltsbuchführung (UHU) weiterhin als zentrale Datendrehscheibe für den Magistrat der Stadt Wien zur Verfügung steht.

Im Rahmen der Verwaltungsakademie wurden von MitarbeiterInnen des Buchhaltungsdienstes zahlreiche Vorträge, z. B. über Controlling, Anwendung der Steuergesetze, Inventarvorschrift sowie Kostenrechnung, gehalten.

Im laufenden Verwaltungsjahr wurden im Zuge der Ausgliederung der Unternehmungen der Stadt Wien die in der **Zentralbuchhaltung** geführten Kontokorrentkonten für die Wiener Stadtwerke – Wienstrom, Wiengas, Wiener Linien und die städtische Bestattung – aufgelassen. Gleichzeitig wurden die Vorarbeiten für die Ausgliederung der MA 17 – Wiener Wohnen mit der Erstellung der für diesen Übergang nötigen Programme abgeschlossen und ein neues Kontokorrentkonto eröffnet.

Die im Vorjahr begonnene Umstellung der sequenziellen Dateien auf Datenbanken wurde weitergeführt und nach den dezentralen Geschäftspartnerkonten nun auch für die Bewegungsdaten abgeschlossen. Damit ist es möglich geworden, in der Zentralen Abfrage (ZABF) auf UNIX neben den Umsätzen aller Geschäftspartner in allen Buchhaltungsabteilungen auch die dazugehörigen Bewegungen zentral von einem Bildschirm anzuzeigen und auszudrucken. Durch die dezentral erfolgende Archivierung der Eingangsrechnungen und der sonstigen Buchungsbelege im Rechnungs- und Belegaufzeichnungssystem (REBLAUS) der MA 6 können nun auch alle zu den Buchungen gehörenden Belege auf den Bildschirmen angezeigt werden.

Mit den Vorarbeiten zur Umstellung der Haushaltskonten auf Datenbanken wurde auch der Start für ein Datawarehouse gesetzt. Damit werden dann Dienststellen nicht nur Abfragen oder Ausdrücke der Geschäftspartnerdaten und der Daten der Haushaltsverrechnung selbstständig anstoßen, sondern sich auch die benötigten Daten für die Anfertigung abteilungsspezifischer Auswertungen aus den Beständen abziehen können.

In der **Buchhaltungsabteilung 1** wurden im Zuge der Verrechnungsumstellung auf Wiener Personalinformationssystem (WIPIS) ca. 11.000 Überrechnungsfälle der Gehaltsüberrechnung angepasst. Durch diese Umstellung wurde die automatisierte Buchung auf Kostenstellen möglich und damit die Voraussetzung für die detaillierte Darstellung der Personalkosten im Hoheitsbereich geschaffen.

Im Bereich der Förderungen durch das Arbeitsmarktservice wurde ein Anstieg der Beihilfen gem. § 34 Arbeitsmarktservicegesetz um das Sechsfache verzeichnet.

Im Einnahmenbereich wurde die bisherige Ablage durch REBLAUS ersetzt.

Die Verrechnung des Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF) für den stationären Bereich von Akutkrankenanstalten bedeutete für die **Buchhaltungsabteilung 2** das Scoring von rund 840.000 Datensätzen (Parallelbearbeitung von zwei Verwaltungsjahren bis zur Endabrechnung). Mit 20,5 Mrd. Abrechnungspunkten wurde die leistungsgerechte Anweisung der Fondsmittel in Höhe von ATS 10,6 Mrd. an 28 Fondskrankenanstalten gewährleistet. Weitere Fondsmittel von über ATS 2 Mrd. entfielen beinahe zur Gänze auf den ambulanten Bereich sowie auf Investitionszuschüsse.

Im Bereich Wohnbauförderung wurden im Zusammenarbeit mit der MA 14 umfangreiche Vorarbeiten und Tests zur Jahr-2000-Problematik und zur Standardanhebung von Nebengebäudeprogrammen durchgeführt. Dies betraf im Wesentlichen die Applikationen der Wohnbauförderungs-Landesdarlehen sowie der Sanierungszuschüsse nach dem Wiener Wohnbauförderungsgesetz (WWFSG) 1989.

Durch die Ausgliederung der MA 17 – Wiener Wohnen wurden im Bereich der Darlehensverrechnung (Weitergegebene Darlehen) zahlreiche Änderungen der Überrechnungstabelle erforderlich.

Die **Buchhaltungsabteilung 3** hatte im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen (Wahldienstentschädigungen und Aufenthaltskosten) für zwei Wahlgänge zu verrechnen. Außerdem waren ca. 900 Privatordner und Reinigungskräfte als „freie Dienstnehmer“ zu behandeln und abzurechnen. Für Probezahlungen betreffend die Volkszählung 2001 wurden ca. 40 Zählorgane abgerechnet.

Im November 1999 wurde die Nacherfassung der INTRASTAT-Meldungen für die Jahre 1997 und 1998 abgeschlossen. Damit wurde das drohende Verwaltungsstrafverfahren gemäß §23 Abs. 1 HStG 1995 gegen den Magistrat der Stadt Wien abgewendet.

Für die Studiengebühren von ca. 500 Studenten des Konservatoriums wurde das von der MA 6 entwickelte Paket Einnahmenverrechnung mit Abstattungsautomatik (EVA) eingesetzt. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Umstellung fast reibungslos verlaufen ist, sodass im nächsten Schuljahr 2000/2001 die noch fehlenden Zweige Musikschulen (ca. 3.500) und Kindersingschulen (ca. 4.000) ebenfalls umgestellt werden können.

Im Rahmen der Bearbeitung von Einnahmerückständen wurde die Einbringung von Klagen bzw. Exekutionen automatisiert.

In der **Buchhaltungsabteilung 4** wurde die Umstellung der Einnahmenverrechnung der MA 12 auf EVA mit der Nacherfassung der Altrückstände abgeschlossen.

Für die neue MA 11A – Kindertagesheime wurden Vorarbeiten in der Form eines Pilotprojektes für die Einhebung der Besuchsgebühren durch die Buchhaltungsabteilung an Stelle der Einhebung durch die KindergärtnerInnen begonnen. Ab Jänner 2000 werden die Einziehungsaufträge für zwei Kindertagesheime über EVA durchgeführt werden. Im Bereich der MA 12 wurde die Anweisung der Dauerleistungen nach dem Wiener Sozialhilfegesetz (monatlich 3.500) und der Mietbeihilfe (monatlich 5.700) auf Anweisung über UNIX mittels Daten aus dem Sozialkonto (SOKO) umgestellt. Die Anweisung Jänner 2000 der Mietbeihilfe erfolgt bereits im neuen System. Somit erfolgen ab 2000 alle Buchungen in der Universellen Haushaltsbuchführung auf UNIX (UHU) und werden einzeln in der Geschäftspartnerdatei (GEPARD) dokumentiert.

Weiters wurden die letzten Kassen (MA 12 – Zentrale, Tagesstätten für Obdachlose) auf das Kassenerfassungssystem mit chronologischer Journalführung und Überrechnung an die zuständige Buchhaltungsabteilung (KESCH) mit Eingabe durch die Dienststelle umgestellt.

Die Verrechnung der MA 24 und der MA 33 wurde mit Voranschlag 2000 von der **Buchhaltungsabteilung 5** auf „betrieblich“ umgestellt.

Der Einsatz der Standardsoftware SAP in den Bereichen Bundesverrechnung, MA 28 – ERHOB und MA 33 erforderte organisatorische Maßnahmen.

Die Verrechnung der Ersatzvornahmen der MA 24 auf EVA wurde vorbereitet.

In der MA 45 wurde der Bestellclient zum Einsatz gebracht, sodass nunmehr alle Bestellungen elektronisch übermittelt und sofort bedeckt werden.

Weiters wurden in der MA 24, der MA 32 – Heizwerkstätte, der MA 35 und der MA 45 KESCH sowie in der MA 29 das Umlageschlüssel – Integrierte Ermittlungsverfahren (USCHI) zum Einsatz gebracht.

In der **Buchhaltungsabteilung 6** wurde die Einbringung von Forderungen über Gerichte voll automatisiert. Dem Oberlandesgericht Wien wurde die Möglichkeit eingeräumt, die anfallenden Gerichtsgebühren einzuziehen.

Der interne Rechnungverkehr mit Wiener Wohnen im Bereich Sperrmüll-Entrümpelung wurde mittels Überrechnung automatisiert.

Auf Grund der Erfahrungen aus der Anwendung des automatischen Einbringungsverfahrens über EVA wurde begonnen, über zweckmäßige und wirtschaftliche Einbringungsmaßnahmen Vereinbarungen mit der MA 48 für die verschiedenen Gebarungsfälle zu treffen.

Das bisher in der MA 62 angesiedelte „Integrationsbudget“ wurde mit Beschluss des Gemeinderates vom 2. Juni 1999 in die MA 20 transferiert und die Verrechnung des neu eröffneten Ansatzes 0251 – Integrationsangelegenheiten der örtlich nahen **Buchhaltungsabteilung 7** übertragen.

In der MA 30 wurde ZABF eingesetzt.

In der **Buchhaltungsabteilung 8** wurde REBLAUS auf die meisten Einnahmegerarungen ausgedehnt, wodurch nunmehr beinahe alle zu verrechnenden Belege gescannt werden. Die vermehrte Nutzung des Archivs des Buchhaltungsdienstes erhöht die Effizienz von Abläufen und verbessert die Übersicht.

Im Einnahmenbereich wurde EVA auf folgende Geschäftsfälle ausgedehnt:

- Wasserentnahme aus Hydranten durch Baufirmen
- H-Bescheid (Herstellung einer Wasserabzweigung)
- V-Bescheid (Verstärkung einer Wasserabzweigung)
- HA-Bescheid (Verstärkung einer Wasserabzweigung mit Anliegerbeitrag)
- Überprüfung von Feuerlöschleitungen und Feuerhydranten und
- Installationsgebühren.

Weiters wurde im Bereich der Einbringung die automatische Forderungsanmeldung bei Gericht zum Einsatz gebracht.

Die **Buchhaltungsabteilung 9** machte im Bereich der rückgelangten Eingangsrechnungen von der Anwendung des Lesestiftes Gebrauch, sodass nunmehr die manuelle Erfassung der Belegnummer entfällt. Weiters wurde zur weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Rechnungsbehandlung die „Rechnungsprüfgrenze“ eingeführt. Ab Mitte des Jahres wurde für die Verrechnung der Gärtnereileistungen EVA zum Einsatz gebracht.

In der **Buchhaltungsabteilung 10** wurde die automatisierte Übernahme der Verrechnungsdaten aus den Administrationsdaten der Ambulanzen auf 6 Ambulanzen ausgedehnt.

Der Telearbeitsversuch wurde fortgeführt und bewährt sich außerordentlich.

Die Überleitung von Abrechnungsdaten aus der Krankenbehandlung wurde auf Einzelsätze umgestellt, sodass grundsätzlich auch eine Rückstandsverfolgung in UHU möglich wird.

In der **Buchhaltungsabteilung 11** wurden 14 Objekte und rund 2.400 Mietgegenstände mehr verwaltet als im Vorjahr.

Im Anschluss an die jährlich zu erstellenden hausweisen Objektsabrechnungen (HAB) wurden 255 Mieterinsichtnahmen durchgeführt. Die Dauer der Einsichtnahme ist sowohl von der Größe des Objekts als auch von den Interessen bzw. dem Wissen der Mietervertreter abhängig. Inklusiv der Vorbereitungszeit wurden hierfür insgesamt 733 Stunden aufgewendet. Für die HAB 1998 wurde erstmals die elektronische Archivierung genutzt. Die 1.100.619 mit REBLAUS gescannten Seiten können damit in der Reihenfolge der Langfassung der HAB den Mietern am Bildschirm zur Einsicht gebracht, ausgedruckt oder gar auf CD-ROM (gegen Gebühr) zur Verfügung gestellt werden. Für Schlichtungsstellenverhandlungen nach § 18 Mietrechtsgesetz wurden 213 händische Hauptmietzinsabrechnungen neu erstellt bzw. ergänzt. In der Haushaltsverrechnung wurden 274.573 Rechnungen geprüft und angewiesen. 44,8 % dieser Rechnungen lagen unter der Rechnungsprüfgrenze.

Die 1997 begonnene Umstrukturierung wurde gemeinsam mit der MA 17 – Wiener Wohnen fortgeführt, eine neue Außenstelle im 16. Bezirk, Opfermannsgasse 1 eröffnet und Vorarbeiten für die Kundendienstzentren 9 und 23 vorgenommen.

Die für die Unternehmung Wiener Wohnen erforderlichen Maßnahmen zur Erstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung wurden erfolgreich weiterbetrieben und erstmalig wurde ein Wirtschaftsplan (bestehend aus Erfolgsplan, Investitionsplan, Finanzschuldenrückzahlungsplan und Finanzierungsplan) erstellt.

Bedingt durch die Abschaffung der Stempelmarken wurden im Zuge der Umwandlung von Wertmarkenverlägen in Wechselgeldverläge weitere hoheitliche Dienststellen durch die **Buchhaltungsabteilung 12** mit KESCH versorgt. Darüber hinaus wurde in vielen dieser Dienststellen gleichzeitig das Inventaraufzeichnungssystem SAUDI installiert. Die Wartung der Geschäftspartnerdaten der Stadt Wien in GEPARD wurde um die Erfassung der Sterbedaten und des zuständigen Notars erweitert. Damit wurde die vollautomatische Verlassenschaftsanmeldung realisiert.

Die steigende Zahl von Anbietern im Telekommunikationsbereich bietet zwar Kosteneinsparungsmöglichkeiten für die Stadt Wien, führte aber zu einer Zunahme der Eingangsrechnungen. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang der Rückgang der mit der Post seinerzeit realisierten Überrechnungen (e-Commerce, EDIFACT). Dem Ersuchen der MA 6, mit den neuen Anbietern ebenfalls e-Commerce zu vereinbaren, wurde seitens der MA 23 nicht entsprochen. Im Bereich der Verrechnung der MA 14 – Automatische Datenverwaltung wurden Vorbereitungen für den elektronischen Datenaustausch mit SAP vorgenommen.

Durch den Einsatz von EVA wurde im Bereich der Einbringung von Forderungen des Marktamtes, der Lebensmitteluntersuchungsanstalt sowie des Veterinäramtes die volle Automatisierung von der Rechnungserstellung bis zur gerichtlichen Mahnklage bzw. zum Exekutionsantrag erreicht.

Im Bereich der MA 56 wurde die Verrechnung von Vorschüssen gegen nachträgliche Abrechnung an den Berufs- und Fachschulen auf die Post 425 – Verbrauchsmaterial ausgedehnt, sodass nunmehr in den Berufsschulen auch spezielle Erfordernisse angeschafft werden können. Für die **Buchhaltungsabteilung 13** war dadurch eine erhöhte Anzahl von Rechnungen in den Abrechnungen zu bewältigen.

Das Projekt „Gemeinsame Bargeldabrechnung“ bei der Schulpauschalienverrechnung wird ab dem Schuljahr 1999/2000 von 180 Schulen in Anspruch genommen.

Die Anzahl der Ganztagschulen erhöhte sich mit Beginn des Schuljahres 1999/2000 auf 87.

In der **Buchhaltungsabteilung 14** wurde die Einnahmenverrechnung der Transportgebühren der MA 70 mit April 1999 von Sammel- auf Einzelverrechnung umgestellt.

In der **Buchhaltungsabteilung 15** wurde durch den Einsatz der Überrechnung die Verrechnung der Bezirksgrundlast automatisiert. Außerdem wurde im Bereich der MA 69 die Einbringung von Forderungen über die Datenleitung zum Gericht weiter automatisiert.

Als Entscheidungshilfe für die MA 44 bei der Aufnahme von SaisonkassierInnen wurden seitens der **Buchhaltungsabteilung 16** 44 Tests in Bezug auf Kassenabrechnungen durchgeführt. Es wurden bis zu 100 Kassen – vor allem während der Sommermonate – pro Monat betreut. In weiteren Bädern wurde SAUDI installiert.

Der Neubau des Sozialmedizinischen Zentrums Sophienspital wurde in Betrieb genommen und führte in der **Buchhaltungsabteilung 18** zu einer Ausweitung der zu verrechnenden Budgetmittel. Für die Verrechnung der Depositen wurde im Sophienspital DAISY installiert.

Die automatische Ambulanzüberleitung wurde zunächst für eine Ambulanz im Kaiserin-Elisabeth-Spital eingesetzt.

Die gesamte Registratur der Buchhaltungsabteilung 18 wurde in den Keller der Bettinastiftung übersiedelt. Die Buchhaltungsabteilung 18 verfügt dadurch über einen eigenen Raum, in welchem ausschließlich die Verrechnungsunterlagen der Buchhaltung aufbewahrt werden.

Im Einnahmenbereich der **Buchhaltungsabteilung 19** wurde die automatische Datenüberleitung der Ambulanzdaten realisiert.

Für den KAV wurde die Vortragstätigkeit auch im Jahr 1999 mit Vorträgen für neue Mitarbeiter im Bereich der Abteilungen Wirtschaft fortgesetzt.

In der **Buchhaltungsabteilung 20** wurden die Projekte Endabrechnung/Zwischenabrechnung, kombinierte Durchrechnung/Urlaubsrefundierung, anstaltsspezifische Sortierung von Auswertungen, Abfrage der Chronologiedaten sowie das Ratenzahlungsverfolgungsprogramm realisiert.

Die Realisierung der automatischen Überrechnung der Pflegeentgelte und Sozialhilfetaschengelder an die Pflegeheimansätze wurde vorbereitet.

Durch elektronische Archivierung von GRABSCH-Auswertungen im REBLAUS sowie Zugriff der anordnungsbezugten Dienststellen auf geschäftsfallsspezifisch archivierte Unterlagen wurde ein weiterer Schritt in Richtung papierloses Büro gesetzt.

Die **Buchhaltungsabteilung 21** hat gemeinsam mit den Anstalten Donaupital und Krankenhaus Floridsdorf die Organisation der Abrechnung von Wertkarten und der Dotierung der Wertkartenautomaten mit Wechselgeld für Wertkartentelefone erarbeitet.

Die Archivierung der Belege im REBLAUS wurde auf die Einnahmen ausgeweitet, sodass nunmehr zu jeder Buchung der gescannte Beleg abrufbar ist.

In der **Buchhaltungsabteilung 22** wurde die automatische Verlassenschaftsanmeldung mit EVA zum Einsatz gebracht. Bisher wurden 2.395 Anmeldungen/Erinnerungen bearbeitet.

In der Gebührenverrechnung wurde ZABF eingesetzt sowie Auswertungen aus der Korrespondenzdatei in EVA zur Verfügung gestellt. Die neuen Nutzer wurden geschult.

Die neu errichtete Blutdatenbank im Krankenhaus Lainz, mit der Möglichkeit, Eigenblutdepots anzulegen, brachte eine Reihe von Neuverrechnungen mit sich.

Die **Buchhaltungsabteilung 23** übernahm die Bereiche Krankengeschichten sowie die Verrechnung der Zahnambulanz von GRABSCH in EVA.

Weitere Bereiche, wie die Wäschereiabrechnungen Ybbs, Rückforderung von Taschengeldern, Bewirtungskosten sowie Personalkosten wurden mit EVA einer automatisierten Rückstandsverfolgung zugeführt.

Die Ausgabengruppe wurde ins Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe übersiedelt.

Die **Buchhaltungsabteilung 24** verzeichnete einen Anstieg der Stationäraufnahmen um 8,5 %. Für die Einführung einer Chipkarte im Speiseraum sowie der Bankomatkarte und Kreditkarte im Kassenbereich wurden vorbereitende Maßnahmen getroffen.

Die für das nächste Jahr geplante Übersiedlung der **Buchhaltungsabteilung 25** in den Pavillon R wurde vorbereitet. In der Einnahmegerbarung der Ambulanz-Selbstzahler wurde die Umstellung von manueller Erfassung auf Datenübernahme fortgesetzt.

Im Bereich der Leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung (LKF) wurde die Einzelnachweisung der WIKRAF-Zahlungen für Stationärpatienten nach umfangreichen Tests eingeführt. Bei den Vorbereitungen zur SAP-Einführung im KAV wurde mitgearbeitet.

Im Einnahmehbereich der **Buchhaltungsabteilung 26** wurden weitere Gebarungen (Wohnkosten- bzw. Kopierbeiträge der Krankenpflegeschülerinnen) auf EVA umgestellt. Im Bereich der Ambulanzgebühren wurden erste Vorkehrungen getroffen, um eine automatische Übernahme der Verrechnungsdaten zu ermöglichen.

Für den diskettenlosen Transfer der KESCH-Daten zwischen den Anstalten und der Buchhaltungsabteilung 26 wurde in der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik ein gemeinsames File-Service eingerichtet.

In der **Buchhaltungsabteilung 30** waren auf Grund der Bezirksmittelverordnung Mittel in der Höhe von ATS 2.073,6 Mio. zu verrechnen.

Der Barverlag für die Verrechnung der Pensionistenklubs wurde aufgelöst und an seiner Stelle wurde in der MA 12 – Zentrale eine Zahlstelle eingerichtet. Gleichzeitig wurde durch den Einsatz von KESCH eine Vereinfachung der Kas senabrechnung erzielt.

Nach Einführung der Kostenrechnung mit Nachweisung von Kostenstelle, -art und -träger (KNAST) im Bereich der MA 56 – Schulen wurde nunmehr mit den Vorbereitungsarbeiten für den Einsatz dieses Werkzeuges im Bereich der MA 11 – Kindertagesheime begonnen.

Abgabenrechnungs- und Kassendienst

1. Landes- und Gemeindeabgaben, allgemein

Abgabenerfolg

Der Abgabenerfolg blieb in Summe gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Durch die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung kam es aber bei der Parkmeterabgabe zu einer Steigerung von 50 %. Die in diesem Zusammenhang verhängten Strafen stiegen um ca. 25 %. Dafür reduzierte sich der Abgabenerfolg der Ankündigungsabgabe – ausgelöst durch eine Entscheidung des VwGH – um 75 %.

Rückstandsentwicklung

Die Rückstandsentwicklung hat sich gegenüber dem Vorjahr weiterhin verschlechtert, wobei die Zuwachsraten allerdings geringer als in den Vorjahren waren. Mitverantwortlich waren dafür u. a. der hohe Zuwachs an Insolvenzverfahren im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe. Ein besonderes Problem stellt die Getränkesteuer dar. Durch die Diskussion um die Abschaffung der Getränkesteuer wegen EU-Widrigkeit kam es zu einer Fülle von Anträgen um Rückerstattung bzw. wurden die laufenden Zahlungen eingestellt. Die Rückstände betragen in einigen Bezirken bereits 25 % des Aufkommens.

Gerichtliche Exekutionen – Entfall der Gebührenbefreiung

Mit 1. Oktober 1999 wurde durch Änderung des Gerichtsgebührengesetzes die Gebührenbefreiung bei gerichtlichen Exekutionen für öffentlich rechtliche Körperschaften abgeschafft. Im Bereich der Abgabeneinbringung mussten in dieser kurzen Zeit bereits ca. ATS 300.000 Pauschalgebühren an die Gerichte bezahlt werden, deren Refundierung durch die Abgabepflichtigen im Zuge von Exekutionshandlungen mehr als ungewiss ist.

2. Organisatorische bzw. gesetzliche Änderungen

Abschaffung der Bundesstempelmarken

Als erster Schritt zur Abschaffung der Bundesstempelmarken wurde im Gebührengesetz die Möglichkeit der Barzahlung bzw. der Bezahlung mittels Bankomatkarte geschaffen. Um dieses Service auch im Bereich der Stadt Wien flächendeckend anbieten zu können, wurden im Einvernehmen mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation (MD-VO) 38 zentrale Kassenstellen eingerichtet. Die Planung, Einrichtung und Ausstattung mit moderner Infrastruktur und Schulung der Mitarbeiter konnte nach nur 6 Monaten fast abgeschlossen werden. Wien verfügt somit als einziges Bundesland in Österreich bereits mit Anfang 2000 über ein modernes, flächendeckendes Bankomatkasennetz.

Zusätzlich wurden gemeinsam mit der MD-VO Vorarbeiten geleistet, um auch Kundenwünsche bezüglich Bezahlung von Bundesstempelgebühren mit Zahlschein nachkommen zu können.

Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung

Im Laufe des Jahres 1999 wurde die Parkraumbewirtschaftung auf die Bezirke 2, 3 und 20 ausgeweitet. Im Zuge der Ausgabe von Parkklebern für die Wohnbevölkerung wurden in den betroffenen Stadtkassen innerhalb kürzester Zeit zusätzlich zu den normalen Agenden ca. 30.000 Kassengeschäftsfälle abgewickelt. Diese enorme Spitzenbelastung stellte hohe Anforderungen bezüglich Organisation und Personaleinsatz und war nur durch dienststellenübergreifenden Lastenausgleich möglich.

Zusammenlegung von Dienststellen

Mit 1. Oktober 1999 wurde die Abgabenstrafenverrechnung mit der Verkehrsstrafenverrechnung zusammengelegt. Die Zusammenlegung wurde dadurch ermöglicht, dass eine einheitliche EDV-Applikation für beide Strafenarten geschaffen wurde und mit der MA 67 nur mehr eine Strafenabteilung für diese Bereiche verantwortlich ist. Unter Ausnutzung aller Synergieeffekte konnten 6 Dienstposten eingespart werden.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Zahlungsmoral der Kunden abnimmt und die Einbringung aufgrund der Höhe der verhängten Strafen vor allem bei Wiederholungstätern immer schwieriger wird. Auseinandersetzungen mit den Kunden über fehlende Akzeptanz von Strafhöhe, Zahlungsmodalitäten und Einbringungsmaßnahmen erfordern überdurchschnittliche Belastungs- und Kommunikationsfähigkeit und vor allem Verhandlungsgeschick. Eine weitere Hürde bei der Strafeinbringung stellt die zunehmende Zahl der geringfügig Beschäftigten dar, deren Einkommen in den meisten Fällen unpfändbar ist. Diese Entwicklung sowie die schlechte finanzielle Lage vieler Zahlungspflichtiger führten zu einem bemerkenswerten Anstieg der Vollzugsmaßnahmen. So mussten 1999 um ca. 16 % mehr Aufforderungen zum Strafantritt sowie Übertragungen des Strafvollzuges ausgefertigt werden als im Vorjahr.

Die Einnahmen der Kassenstelle stiegen um mehr als 50 %. Diese Steigerungen im Kassenbereich verursachten hauptsächlich die Kunden der seit November 1999 im Stadion untergebrachten Außenstelle der MA 20 – Fremdenrecht, welche von der MA 6 kassenmäßig mitbetreut wird.

Einzelveranstaltungen – Organisationsänderung

Im Zuge einer Organisationsänderung wurde das Behördenreferat der MA 7 der MA 35 angeschlossen. Zur Aufrechterhaltung der bisherigen Serviceorientiertheit war es erforderlich, die im Verbund mit dem Behördenreferat tätigen Bereiche der MA 4 – Referat 7 und der MA 6 – Abgabenhauptverrechnung neu zu organisieren.

Das neue Behördenreferat wurde in der MA 35 im Amtshaus 20., Dresdner Straße 75, angesiedelt. Gleichzeitig wurde die seinerzeit für diese Einzelveranstaltungen eingerichtete Außenstelle der MA 4 – Referat 7 mitübersiedelt.

Die Abgabenhauptverrechnung verblieb in Wien 1., Volksgartenstraße 3, und wird in Hinkunft bei Einzelveranstaltungen die laut Geschäftseinteilung notwendige formale und rechnerische Überprüfung der von der MA 4 – Referat 7 ausgestellten Gebührrstellungsunterlagen erst im Nachhinein vornehmen. Die Perforierung bzw. Rücknahme der aufgelegten Eintrittskarten erfolgt durch die MA 4 – Referat 7. Die Verrechnung und Rückstandsbetreuung verbleibt weiterhin in der Abgabenhauptverrechnung. Obwohl in der Abgabenhauptverrechnung weiterhin eine Kassenstelle besteht, wurden im Zuge der Übertragung der Agenden 2 Mitarbeiter an die MA 4 – Referat 7 bzw. MA 35 abgegeben.

Verkauf von Anbotsunterlagen

Mit Erlass MD-1528-11/98 vom 28. Jänner 1999 wurde die Ausfolgung von Ausschreibungsunterlagen neu geregelt. Um den Firmen den Kauf von Anbotsunterlagen zu erleichtern, können ab 1. Februar 1999 in der Stadthauptkasse – Drucksortenstelle die Unterlagen für alle öffentlichen Ausschreibungen zentral erworben werden. Der Verkauf erfolgt als verrechenbare Drucksorten. Dieses Serviceangebot wurde von 2.112 Firmen in Anspruch genommen, wobei 4.360 Anbotsunterlagen im Wert von ca. ATS 1,8 Mio. verkauft wurden. Die Mehrbelastung konnte durch Erweiterung der EDV-Unterstützung bei Verkauf und Lagerung von Drucksorten abgefangen werden.

Neuorganisation im Erhebungs- und Vollstreckungsdienst

Die vom Erhebungs- und Vollstreckungsdienst eingehobenen Geldbeträge wurden bisher von einem MA 6-intern entwickelten EDV-Programm unter Einbeziehung der Stadthauptkasse und der Zentralbuchhaltung auf die einzelnen auftraggebenden Dienststellen verteilt. Dieses Programm und die damit verbundenen Arbeitsstatistiken waren nicht Jahr-2000-fähig. An Stelle einer Adaptierung wurde die Geldabfuhr neu organisiert.

Den Vollstreckungsanträgen werden automatisch verarbeitbare Zahlscheine angeschlossen. Die Einzahlung der eingehobenen Beträge erfolgt durch die Vollstrecker mit diesen vorcodierten Belegen auf das Girokonto der betreibenden Stelle, die ihrerseits in der Lage ist, diese Zahlungen automatisch weiterzuverarbeiten. Die Aufteilung der Gelder über die Stadthauptkasse und Zentralbuchhaltung kann somit entfallen.

Um aber weiterhin entsprechende Daten für eine optimale Arbeitszuteilung, Errechnung von Nebengebühren und Auswertung für Arbeitsstatistiken zu erhalten, wurde im Einvernehmen mit der MA 14 begleitend eine eigene Web-orientierte Datenbankapplikation entwickelt, aus der sämtliche benötigte Daten abgerufen werden können.



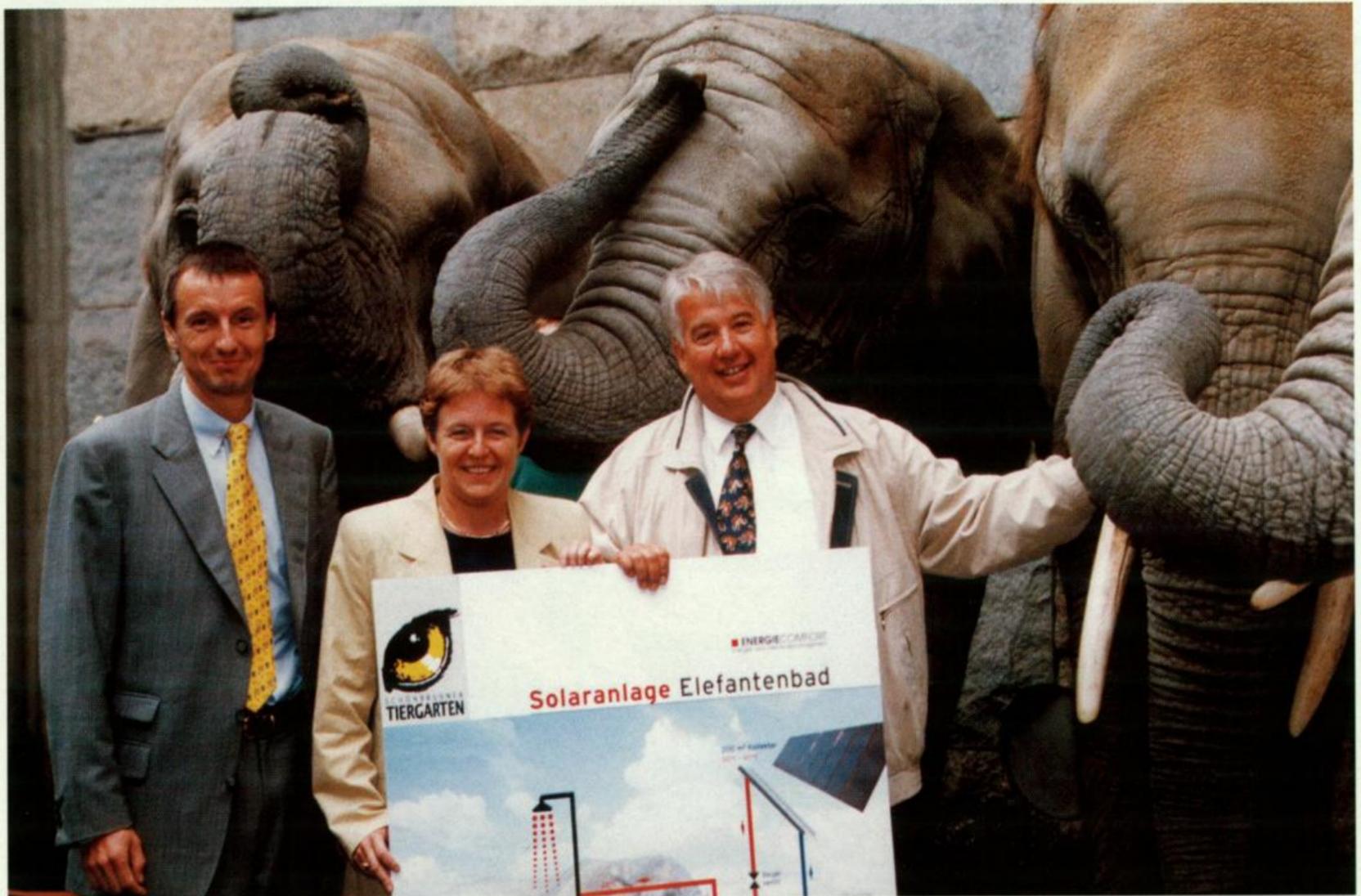
Die Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke Mag. Brigitte Ederer eröffnete die neue Lehrwerkstätte der städtischen Steinmetze und Friedhofsgärtner der MA 43.

Foto: Votava / PID

Stadträtin Mag. Ederer informiert sich in der Funkleitzentrale der Wiener Linien über das digitale Sprach- und Datenfunksystem, dessen Technologie von der Wiener Firma Frequentis stammt.

Foto: Votava / PID





Umweltminister Dr. Martin Bartenstein, Stadträtin Mag. Brigitte Ederer und Direktor Helmut Pechlaner eröffneten im Tiergarten Schönbrunn das neue Elefantenbad, dessen Warmwasseraufbereitung durch Solarenergie erfolgt. Foto: Votava / PID

Auf dem Areal des Kraftwerks Donaustadt legten Stadträtin Mag. Ederer, der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke Dr. Skyba, der Direktor von Wienstrom DI Kastl und Bezirksvorsteher Effenberg den Grundstein für die Errichtung des neuen Kraftwerksblocks „Donaustadt 3“. Foto: Votava / PID



3. EDV-Aktivitäten

Jahr-2000-Problematik

Im September 1999 wurde im Einvernehmen mit der MA 14 die Überprüfung der 2000-Fähigkeit im Bereich der Abgabenverrechnung und des Strafvollzugs vorgenommen. Es wurden Testverfahren entwickelt, Testfälle beschrieben und in einer 3-wöchigen konzentrierten Testphase von einem Team von 5 Mitarbeitern der MA 6 die entsprechenden Eingaben vorgenommen und die Ergebnisse kontrolliert. Dabei wurden erkannte Fehlersituationen sofort in den Echtprogrammen korrigiert. Auf diese Art und Weise konnten die Kosten der Überprüfung und Umstellung äußerst gering gehalten werden. Der Übergang der Abgabenverrechnung und des Strafvollzugs zum 1. 1. 2000 funktionierte klaglos.

Euro-Umstellung

Im Zuge der Euro-Umstellung wird seit Anfang 1999 in sämtlichen Bereichen der Abgabenverrechnung und des Strafvollzuges die doppelte Preisauszeichnung automationsunterstützt vollzogen. Darüberhinaus wurden die bestehenden Programme dahingehend adaptiert, dass Rundungsdifferenzen laufend automatisch saldiert und somit die im Direktzugriff befindlichen Datenbestände möglichst klein und somit kostengünstig gehalten werden können.

Zahlungsverkehr

Mitte 1999 wurde mit der Bank Austria AG ein Zusatzvertrag bezüglich der weiteren Rationalisierung des Zahlungsverkehrs (Gutschriftstruncation) abgeschlossen. Die im Rahmen der Abgabenverrechnung und des Strafvollzuges codierten Verrechnungsdaten auf den Zahlscheinen wurden durch eine Prüfziffer abgesichert. Der Beleg verbleibt beim Geldinstitut, bei dem einbezahlt wurde. Die MA 6 erhält für diesen Bereich nur mehr geprüfte Datensätze über Leitung übermittelt. Da das Belegservice der Bank Austria AG dadurch nicht mehr in Anspruch genommen werden muss, konnten die jährlichen Kosten um 50 % gesenkt werden.

Elektronischer Rechtsverkehr mit den Gerichten

Die Ende 1998 erstmals praktizierte Möglichkeit, Exekutionsanträge papierlos in elektronischer Form bei den Gerichten einzubringen, wurde 1999 voll genutzt. Es wurden in dieser Form 10.637 Exekutionsanträge automatisch bei den diversen Gerichten gestellt. Im Dezember wurde nach einem kurzen Probelauf erstmals auch mit der elektronischen Verarbeitung der Exekutionsbewilligungen begonnen. Dabei werden die Daten der Gerichte automatisch in die Abgaben- bzw. Strafenapplikationen eingebracht. Die Stadt Wien ist damit die erste Körperschaft, die von dieser technischen Möglichkeit in größerem Umfang Gebrauch macht.

PC-Ausstattung

Die vor 3 Jahren begonnene Ausstattung der Dienststellen des Abgabenrechnungs- und Kassendienstes mit PC wurde 1999 abgeschlossen. Im Vollausbau verfügt jeder Mitarbeiter über einen PC. Insgesamt werden von der Dienstgruppenleitung 308 PC-Arbeitsplätze und 144 Drucker betreut. Jeder Mitarbeiter hat dabei auch Zugang zum Internet. Jede Dienststelle ist über eine E-Mail-Adresse erreichbar. Der Informationsaustausch über die MA 6-eigene Intranet-Applikation wurde ausgebaut. Eine eigene Homepage zur Veröffentlichung im Wien-Intern bzw. Wien-Online ist in Vorbereitung.

EDV-unterstütztes Berichtswesen

Die Stadtkassen müssen periodisch über die Entwicklung ihrer Rückstände über ATS 20.000 berichten. Bisher erfolgte dies in Form von händisch geschriebenen Berichten. In der MA 6 wurde eine EDV-Unterstützung entwickelt, die über PC mit genormten Textbausteinen unter Ausnutzung des Komforts der Textverarbeitung Word die Erstellung und Auswertung dieser Berichte erleichtert und die Bearbeitungszeit wesentlich verkürzt.

Elektronische Insolvenzdatei

Ab Oktober 1999 hat das Bundesministerium für Justiz Verlautbarungen im Zusammenhang mit Insolvenzen zusätzlich zur Wiener Zeitung in einem Probetrieb auch über Internet veröffentlicht. Da ab 1. 1. 2000 alle Bekanntmachungen nur mehr über Internet zur Verfügung stehen, mussten alle betroffenen Mitarbeiter in internen Schulungen mit diesem System vertraut gemacht werden.

Kassenevidenz

Seit April 1999 steht im Intranet die Evidenz der städtischen Kassen in Form einer Datenbank zur Verfügung. Diese Intranetapplikation stellt eine Ablöse des bisherigen IBS-Geschäftsfalles und eine wesentliche Funktionalitätsverbesserung dar. Es gehören dazu erweiterte Suchmöglichkeiten, Normierung der Geschäftsfälle und Informationen sowie automatischer Ausdruck erforderlicher Belege bei jeder Änderung der Stammdaten.

Abgabenvorschreibungen über Internet

Die MA 6 hat in Zusammenarbeit mit der MA 14 im Rahmen von E-Commerce ein Pilotprojekt entwickelt, in dem Großkunden die Möglichkeiten geboten werden, Steuervorschreibungen papierlos über Internet aus den bestehenden Abgabenapplikationen zu beziehen und vollautomatisch in IN-HOUSE-Formate umzuwandeln und weiterzuverarbeiten. Diese zukunftsweisende Technik soll den Status der Stadt Wien als moderner Wirtschaftsstandort besonders

unterstreichen. Die Arbeiten konnten soweit zufrieden stellend abgeschlossen werden, dass bereits im November 1999 dieses Projekt der Wiener Wirtschaftskammer – Landesinnung für Immobilien- und Vermögenstreuhänder vorgestellt werden konnte. Aufgrund des regen Interesses wird noch im Jänner 2000 eine Informationsveranstaltung für Softwarefirmen stattfinden.

Die nachstehende Arbeitsstatistik soll die Leistungen der Dienstgruppen des Rechnungsamtes verdeutlichen:

Buchhaltungsdienst

Eingangsrechnungen	1.056.649
Ausgangsrechnungen	1.091.501
Einnahmegebührrstellungen	1.361.476
Ausgabegebührrstellungen	1.952.968
Buchungen	
– der Haushaltsverrechnung	7.604.209
– der dienststellenbezogenen Gebarung	2.481.811
Stammdatensätze	718.110
Bildschirmabfragen	917.644
Mahnungen	231.199
Weitere Einhebungsschritte	89.646
Gesamtumsatz aller Buchungen	ATS 2.537.451.981.436

Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

Aktive Kontenanzahl	415.290
Eingelangte Einzahlungsbelege	1.492.273
Eingelangte Abgabenerklärungen	166.341
Mahnungen	112.698
Vollstreckungsanträge	39.155
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichtbezahlung bzw. Nichteinbringung von Steuererklärungen	75.983
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen	3.757
Zwangsstrafen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	2.467
Erfasste Buchungen über Bildschirm	946.516
Stammdatensätze über Bildschirm	281.212
Ausgesandte Kuverts für Zahlscheine.....	249.128
Erklärungen	69.346
Lastschriften	713.276
Bescheide, Kostenersätze	30.157

Verkehrsstrafenverrechnung *)

Kontenanzahl	162.002
Eingelangte Einzahlungsbelege	242.870
Mahnungen	125.380
Vollstreckungsanträge	63.764
Aufforderung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe.	36.206
Anträge auf Vorführungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe.....	31.662
Gerichtliche Exekutionen (inkl. Lohnpfändungen)	9.983

*) durch Zusammenlegung mit der Abgabenstrafenverrechnung 1999 nicht vergleichbar

Stadthauptkasse

Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen	1.217.700
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen)	92.077
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben).....	15.844
Einzahlungen Auslandskonto	5.480
Bearbeitete Verbote	6.432*)
Ausgefertigte Bar-Einnahmen und Ausgaben.....	14.078
Unbare Einnahmen – Ausgaben	3.456
Eingelöste Schecks.....	3.493
Bargeldumsätze in der Kassenstelle:	
Geldgebarung.....	1.269.309.000 ATS
Wertmarkenverkauf (5.947 Parteien)	353.843.000 ATS
Drucksortenverkauf an Parteien	3.062.000 ATS

Gebahrung in der Drucksortenstelle:

Verwaltungsabgabemarken und Wertdrucksorten an Dienststellen im Wert von	108.958.000 ATS
An Dienststellen abgegebene Straßenbahnfahrtscheine im Wert von	11.019.000 ATS
Ausgegebene allgemeine Drucksorten	8.504.535 Stück
davon Kuverts und Zahlscheine	5.946.735 Stück

*) Reduzierung um 90 % gegenüber Vorjahr wegen Automation des Verbotsbuches

Erhebungs- und Vollstreckungsdienst

Aktenzugang	186.239*)
Erledigungen	204.286
Tagesdurchschnitt	24,2
Einhebungen	215 Mio. ATS

*) ohne Akten der Wirtschaftskammer Wien

Wirtschafts- und Technologieentwicklung (MA 26)

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 9. September 1999 wurde die Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien dahingehend geändert, dass ab 1. Oktober 1999 eine neue Magistratsabteilung für **Wirtschafts- und Technologieentwicklung (MA 26)** in der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke eingerichtet wurde. Die Aufgaben der MA 26 bestehen in der Erstellung von Grundsatzkonzepten in den Bereichen Wirtschafts-, Technologie-, Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklung, Tourismus, Unternehmensförderung und Energie. Dabei wird jeweils mit den entsprechenden Fachabteilungen und Fonds zusammengearbeitet. Weiters gehören die Beobachtung und Analyse der Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung sowie die Führung der Bürogeschäfte des Wiener Wirtschaftsbeirates zu den Aufgaben der neuen Magistratsabteilung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben konnte sowohl inhaltlich als auch personell an die Tätigkeiten des „wirtschaftspolitischen Referates“ der MD-KOB angeknüpft werden.

In den ersten Monaten ihres Bestehens konzentrierte sich die MA 26 in ihrer Tätigkeit auf folgende Bereiche:

Mitarbeit an Grundsatzpapieren

Neben der weiteren Mitarbeit an der Formulierung der wirtschaftlichen Aspekte des Entwurfes für einen Wiener Strategieplan, wirkte die MA 26 an den Arbeiten für die „Ziel-2“ (städtische Problemgebiete) und INTERREG III (Interregionale Zusammenarbeit) Programmerrstellung mit. Ebenso war sie in die Erstellung von wirtschaftsbezogenen Stadtteilkonzepten (z. B. Erdberger Mais) eingebunden.

EU-Erweiterung

Die sich aus der kommenden Erweiterung der EU ergebenden Anpassungserfordernisse und Chancen bildeten einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt. Die MA 26 wirkte in diesem Bereich an einer Reihe von grundlegenden Studien mit. Beispielfhaft sei hier nur die gemeinsam mit der MA 18 erfolgte Beauftragung des aus INTERREG-Mitteln geförderten Projektes „PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung“ erwähnt.

Technologie/Innovation

Im Bereich Technologie und Innovation wurden die im regionalen Innovationssystem beteiligten Akteure sowie die Schnittstellen zum nationalen Innovationssystem erfasst. Informationen zu technologisch relevanten Themen und Projekten (z. B. Kompetenzzentren des BMWV u. BMwA) wurden recherchiert und mögliche Schwerpunkte für Netzwurkbildungen oder Unternehmenskooperationen untersucht.

Die MA 26 koordiniert in diesem Zusammenhang eine feasibility-Studie für Vernetzungsaktivitäten (Cluster) im automotiven Bereich.

Verkehr

Neben Überlegungen hinsichtlich Strategien bezüglich der Liberalisierungstendenzen im öffentlichen Nahverkehr bildete die Mitarbeit im TEN (Transeuropäische Verkehrsnetze)-Knoten-Arbeitskreis einen Schwerpunkt. Im Zusammenhang mit der Schaffung des TEN-Knoten Wien wurde an verschiedenen Veranstaltungen zum Thema Verkehr und Logistik teilgenommen. Weiters nahm die MA 26 an verschiedenen Verkehrs- und Logistikprojekten begleitend teil, u. a. an den INTERREG-Projekten TECNOMAN (TEN and Corridor Nodes Position Management Network) und IMONET (Intermodales Güterverkehrsknoten Netzwerk).

Städtische Friedhöfe (MA 43)

Auch 1999 wurde der Tarif für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien nicht abgeändert. Die letzte Adaptierung des Tarifs erfolgte mit Gemeinderatsbeschluss vom 9. Februar 1996 (Pr.Z. 155/95-GBIWST). Der Wirksamkeitsbeginn dieser Tarifanpassung war der 15. Februar 1996.

Im Jahr 1999 wurden auf den Wiener Städtischen Friedhöfen 18.432 Bestattungen durchgeführt, was gegenüber dem Jahr 1998 eine Erhöhung um 113 Fälle oder um ca. 0,6 % bedeutet. Es wurden 14.536 Sarg- und 3.896 Leichenaschenbestattungen vorgenommen.

Das Absinken der Anzahl der Sargbestattungen bzw. der Anstieg der Bestattungen von Leichenaschen ist durch den Sachverhalt gegeben, dass die Särge (1998: 567, 1999: 569) mit den sterblichen Überresten der Verstorbenen, die ihren Körper wissenschaftlichen Studien zur Verfügung gestellt haben, und die Särge mit bei Operationen entfernten Körperteilen (1998: 225, 1999: 244) nicht mehr erd-, sondern feuerbestattet werden.

Der Anteil der Beisetzungen von Leichenasche, gemessen an der Zahl der Gesamtbestattungen, steigerte sich auf von zuletzt 16,4 % auf 21,1%.

Von den insgesamt 18.432 Bestattungen fielen 14.462 oder 78,5 % auf Beilegungen in bestehende Sarg- und Urnengräber, 2.209 oder 12 % auf Neubelegungen in heimgefallenen Grabstellen, 291 oder 1 % auf Neubelegungen auf Erweiterungsflächen und 657 oder 3,6 % auf Beerdigungen von Verstorbenen gem. § 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes in einfache Gräber des Wiener Zentralfriedhofes (1998: 640).

Die Anzahl der 1999 angesuchten Deckplattenbewilligungen ist gegenüber dem Jahr 1998 um 9 auf 1.225 gesunken. In 19.521 Fällen wurden Benützungsrechte an Grabstellen verlängert, was eine Verringerung um 1.687 oder 8 % entspricht; in 1.431 Fällen wurden insgesamt 4.151 Verstorbene exhumiert.

Tätigkeiten auf bautechnischem Gebiet

Auf sämtlichen Städtischen Friedhöfen bzw. in der Leichenkammer Wien 10., wurden laufend die notwendigen **Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten** an den Verwaltungsgebäuden, Einfriedungen, Straßen und Wegen, dem Wasserleitungsnetz sowie an den elektrischen Leitungen, Kühlanlagen und Heizungsanlagen durchgeführt.

Es wurden insgesamt 880 komplette Grabfundamente, 144 Grabsteinfundamente, 89 Einfassungsfundamente, 95 Piloten und 21 Gräfte von der MA 43 auf Grund von Kundenbestellungen in Auftrag gegeben und auf den Städtischen Friedhöfen errichtet.

Im Detail wurden auf den nachstehend angeführten Friedhöfen folgende **mittlere bis größere Vorhaben** ausgeführt:

- Amtshaus
Laufende Instandhaltungen, Sanieren des Innenhofes, Errichtung eines Brunnens
- Altmannsdorf
Laufende Erhaltungsarbeiten
- Aspern
Herstellung eines Nutzwasserbrunnens, einer neuen Einfriedung aus Beton für einen öffentlichen Parkplatz, einer neuen Gaszuleitung und Heizung für Verwaltungsgebäude, von WCs und Betriebsräumen
- Atzgersdorf
Laufende Erhaltungsarbeiten, Wegebauarbeiten sowie Instandsetzen der Urnenmauer
- Baumgarten
Herstellung von 9 Mistboxen und 3 Erdboxen, Austausch von 110 lfm. schadhafter Wasserleitung, Dacheindeckung über der öffentlichen WC-Anlage und 25 lfm. Kanal instand gesetzt, Alarmanlage installiert
- Breitenlee
Abbruch der alten Aufbahrungshalle, Beginn der Errichtung einer neuen Aufbahrungshalle und einer provisorischen Aufbahrungshalle, 44 Grabstein- und Einfassungen sowie 41 Grabsteinfundamente für zukünftigen Bedarf hergestellt
- Dornbach
Herstellung eines neuen massiven Lagerschuppens und Reparaturarbeiten am Dach der Aufbahrungshalle durchgeführt, Abtragen alter Gräber
- Döbling
Im Verwaltungsgebäude und der Aufbahrungshalle desolante Fenster und Türen ausgetauscht sowie das Dach über der Aufbahrungshalle instand gesetzt (Zimmermann, Dachdecker, Spengler, Blitzschutz), Anstreicherarbeiten bei Türen und Gittern
- Erlaa
Laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt

- Essling
Reparaturarbeiten an Torpfeilern sowie instand setzen des Eingangstores, 14 Stk. Gräberfundamente für zukünftigen Bedarf
- Gersthof
Fassade, Blechdach und Dachrinnen instand gesetzt, Fenster und Holzverkleidung des Mitteltraktes repariert, Glockenstuhl instand gesetzt, Abtragung alter Gräber
- Grinzing
3 Stiegen, Ehrengräber, Mausoleum durch Maurer, Spengler und Anstreicher repariert sowie Vorraum der Verwaltung instand gesetzt
- Groß Jedlersdorf
118 m² Wege und 90 m² Straßen instand gesetzt, Instandsetzung des Presskiesdaches über dem Priester- und Trägerraum, Herstellung von 4 Grüften, Waschbetonplattenwege im Urnenhain und 88 Urnengräberfundamente für zukünftigen Bedarf errichtet, Holzeinfriedungen instand gesetzt
- Hadersdorf-Weidlingau, Heiligenstadt
jeweils laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt
- Hernals
Straßen, Wege, Planken, Wasserleitungen und Kühlanlage instand gesetzt, Reparaturarbeiten im WC (Elektro) sowie am Aufbahrungshallentor und an Blechdächern durchgeführt, Wasserrohrgebrecen behoben und alte Grabsteine abgetragen, lose Fassadenteile von Aufbahrungshalle entfernt, Alarmanlage installiert
- Hetzendorf
Laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt
- Hietzing
Herstellung einer Gruft für 6 Särge, Erneuerung der Gasheizungsanlage im Unterkunftsgebäude, Sanierung einer Stützmauer, Fertigstellung der Einfriedungsmauer in der Maxingstraße
- Hirschstetten
Laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt
- Hütteldorf
Teile der Fassade der Aufbahrungshalle instand gesetzt
- Inzersdorf
Laufende Instandsetzungsarbeiten, Behebung von Rohrbrüchen, Instandsetzung der Kühlanlage
- Jedlesee
Straßen und Wege instand gesetzt
- Kagran
120 Grabstein- und Einfassungsfundamente für zukünftigen Bedarf hergestellt, Herstellung eines Nutzwasserbrunnens für die Wasserversorgung im Friedhofsgelände, Errichtung einer 230 lfm. langen Fertigteilmauer für die Erweiterungsfläche, Herstellung von Wegbegrenzungen, einer neuen Wasserleitung, einer Erd- und Mistbox aus Beton; Wege in der Gruppe N, Straßen und Holzeinfriedungen und das Ehrengrab „Sattler“ instand gesetzt
- Kaiserebersdorf
Erneuerung eines Teiles der rückwärtigen Einfriedungsmauer
- Kalksburg, Lainz, Leopoldau
Jeweils laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt
- Liesing
Herstellen einer Gruft für 6 Särge, Fertigstellung der WC-Anlage inklusive behindertengerechtem WC, Instandsetzung des Hallenvorplatzes, Abgrenzen des Lagerplatzes zum Hallenvorplatz mit einer Holzplanke
- LK 10
Austausch der Gasheizanlage
- Meidling
Abtragen von ca. 1.200 heimgefallenen Gräbern samt Einplanieren, Instandsetzung von Straßen und Wegen, Rohrbrüche behoben sowie Holzeinfriedung zur Bahn instand gesetzt
- Neustift
Umbauarbeiten im Verwaltungsgebäude (Maurer, Elektro, Installateur), Schaffung eines Sozialraumes; Straßen, Wege und Wasserleitungen instand gesetzt, Herstellung von Mistbeetkästen in der Gärtnerei sowie einer Gasleitung in den Foliengewächshäusern, Rohrgebrecen behoben und desolate Stützmauern instand gesetzt

- Oberlaa
Herstellung von 4 Grüften für je 4 Särge
- Ober St. Veit
Herstellung von 3 Grüften für je 4 Särge und einer Gruft für 8 Särge, Behebung von Wassereintritten in der Aufbahrungshalle
- Ottakring
169 Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt, 18 Urnengrabsteine amtswegig verlegt, Straßen und Wege instand gesetzt, Alarmanlage installiert, Beginn der Sanierungsarbeiten am Gärtnergebäude und Beginn der Errichtung einer Lagerhalle in der Gärtnerei, Errichtung einer Stützmauer und diverser Wege in der Gärtnerei
- Pötzleinsdorf
Abtragung einer alten und Herstellung einer neuen Stützmauer entlang der Gruppe G
- Rodaun, Siebenhirten
Jeweils laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt
- Sievering
Fassade der Aufbahrungshalle instand gesetzt inklusive Elektroarbeiten, Stützmauer entlang der Gruppe Abt. II, Gruppe 2, 4, 6, 8 instand gesetzt, Blechdach im Bereich des Verwaltungsgebäudes instand gesetzt und gestrichen, Gruppen- und Reihenständer entrostet und gestrichen
- Simmering
Instandsetzung des Hallenvorplatzes nach Behebung eines Wasserrohrgebrechens, Straßen und Wege instand gesetzt, kleinere Reparaturen am Nebengebäude, neuen Zaun und Tor zum Kirchenpark St. Laurent instand gesetzt
- Stadlau
Umbau des Verwaltungsgebäudes (Kanzlei) und Einbau von Sozialräumen, Neubau einer WC-Anlage inklusive behindertengerechtem WC, Blitzschutz instand gesetzt
- Stammersdorf Ort
Laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt
- Stammersdorf Zentral
Laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, Herstellung von 11 Mistboxen und 3 Erdboxen, Umbauarbeiten in den Verwaltungsräumlichkeiten und Sozialräumen
- Strebersdorf
Beginn der Errichtung einer neuen Aufbahrungshalle inklusive Nebenräume (Fertigstellung Mai 2000), Verlegung von 150 lfm. Gasrohrleitung
- Süßenbrunn
Diverse Fassadenreparaturen, Beginn der Planungsarbeiten für eine neue Aufbahrungshalle
- Südwest
Straßen und Wege instand gesetzt, 30 baufällige Gräber abgetragen, Instandsetzungsarbeiten im Unterkunftsgelände und der Aufbahrungshalle sowie der Portierloge durchgeführt
- Simmeringer Feuerhalle
In der Verwaltung wurden die Fenster in Parterre und Stock erneuert. Die WC-Anlagen bei der Portierloge und der Gärtnerei wurden erneuert. Die komplette Kremationsanlage mit den Öfen 1 bis 4 wurde laufend instand gehalten. Außerdem wurden die Räume neu ausgemalt und die Ofenanlage neu gestrichen. Wege und Straßen wurden instand gesetzt, nach Beschwerden wurden 10 Urnenmauerbögen instand gesetzt. Das Unkraut auf der Urnen- bzw. Einfriedungsmauer und die lockeren Dachziegel wurden entfernt (Gefahr im Verzug) und laufende Spenglerarbeiten an den Gebäuden durchgeführt (Reinigen, Instandsetzen). In der Gruppe 6 wurden die Abräum- und Rodungsarbeiten fortgesetzt. In der Gruppe 2 wurden 265 Kopffundamente für zukünftigen Bedarf hergestellt, die Wege und Zugänge hiezu wurden mit Waschbetonplatten hergestellt.
- Städtische Steinmetzwerkstätte
Der Neubau der Lehrlingswerkstätte wurde fertig gestellt und in Betrieb genommen. Es wurde das komplette Traufenpflaster neu hergestellt und instand gesetzt. Der Hof wurde saniert und der Lagerschuppen erneuert. Das Büro des Leiters der Werkstätte wurde instand gesetzt (Boden, Decke, Verputz, Elektro und Maler), der Gitterzaun laufend erneuert. Es wurden alle laufenden Spenglerarbeiten getätigt (Rinnen und Abfallrohre gereinigt und instand gesetzt). Außerdem wurden 2 neue Grabdeckelgestelle auf dem Lagerplatz hergestellt. Der Kanalanschluss an das öffentliche Kanalnetz wurde nach Gebrechen erneuert.
- Wiener Zentralfriedhof
Die neue Nutzwasseranlage wurde in Betrieb genommen und versorgt nun den gesamten Wiener Zentralfriedhof und die Feuerhalle Simmering mit Grundwasser für Gießzwecke.

Es wurden 15 Garagen für Elektrowagen aufgestellt. Die Renovierung der Aufbahnhalle II wurde abgeschlossen, indem die Fassade ausgebessert und neu gestrichen wurde, die Fenster instand gesetzt, die Blechornamente neu gestrichen und die Uhr repariert und gestrichen wurde. Das Dach wurde, soweit erforderlich, repariert. Die Dachreparaturen auf ON 232 und 236 wurden fertig gestellt (Ziegeldeckung). In den Gruppen 9 und 10 wurden die Wege instand gesetzt und laufend kaputte Straßen saniert.

Die Arbeiten an der Dr.-Karl-Lueger-Gedächtniskirche wurden planmäßig weitergeführt. Die Außenarbeiten an der Kirche sind abgeschlossen. Im Inneren sind die Installationsarbeiten größtenteils fertig, es folgen nun die künstlerischen Restaurierungsarbeiten. An den Kolumbarien wurden nur die notwendigen Spengler- und Dachstuhlreparaturen durchgeführt. Die Außenanlagensanierung wurde begonnen, die Beleuchtung der Zufahrtsstraße wurde installiert.

Die Sanierung des Einfahrtstores (Toranlage II. Tor) und der Fassaden der benachbarten Häuser wurde begonnen. In den Gruppen 133–138 wurden Gräber und Steine abgetragen, Sträucher entfernt und frei gewordene Flächen planiert.

In der Städtischen Gärtnerei wurde ein Schattierungstunnel errichtet. Die Fassade des Gärtnereigebäudes wurde teilweise instand gesetzt. In der Gärtnerei wurden Verwaltungsräume instand gesetzt und neu computergerecht eingerichtet.

Tätigkeiten auf gartenbautechnischem Gebiet

Bei der **Ausgestaltung und Begrünung von Friedhofsflächen** wurden 606 Bäume und 11.171 lfm. Hecken gepflanzt. Heimgefallene Grabstellen, auf denen seltene oder schöne Bäume stehen, wurden nicht zur Wiedervergabe freigegeben, sondern im Sinne der Umwelterhaltung zu Baumplätzen umgewidmet, um somit einen dendrologisch wertvollen Baumbestand zu erhalten. Es wurden 4.015 Bäume durch Kronenschnitte fachgerecht ausgelichtet. 645 Bäume wurden aus dem Bestand genommen, da sie die physiologische Altersgrenze erreichten. Gleichzeitig wurden 6.805 lfm. Hecken wegen Überalterung gerodet. Es erfolgte bei 125 lfm. Hecken ein fachgerechter Verjüngungsschnitt. Ein Formschnitt erfolgte bei 127.144 lfm. Hecken. Für die Freigabe zur Wiedervergabe von 869 heimgefallenen Grabstellen waren umfassende Rodungsarbeiten nötig.

Weiters erfolgte die Fortsetzung der amtswegigen Verlegung von Urnengrabstellen unter 1 m² auf dem Gelände der Feuerhalle Simmering, des Friedhofes Meidling, Liesing und Ottakring im Tausch gegen 1 m² große Grabstellen.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres wurde die Betreuung der Kriegsgräberanlagen in den Städtischen Friedhöfen fortgesetzt.

Die jährlich durchgeführte **Säuberung des Wiener Zentralfriedhofes** umfasste im Jahr 1999 eine Gesamtfläche von 1.299.369 m². Die mechanische Unkrautbekämpfung auf den Friedhofswegen des Wiener Zentralfriedhofes umfasste eine Fläche von 398.462 m². Die verwahrlosten Grabstellen des Wiener Zentralfriedhofes wurden ebenfalls mechanisch vom Unkrautbewuchs gesäubert und dreimal gemäht, um eine Verbesserung des Friedhofsbildes zu erreichen.

Ebenso wurden 38.261 Pflegeaufträge an Grabstellen durchgeführt sowie in allen Friedhöfen der erforderliche Baum- oder Heckenschnitt und die erforderlichen Pflegearbeiten durchgeführt.

Die Kundenpreise für friedhofsgärtnerische Leistungen (Grabschmückungen) wurden für 1999 gegenüber den Preisen von 1998 nicht erhöht.

Neben der Erfüllung von 38.261 Grabpflegeaufträgen und den diversen Grabschmückungsaufträgen sowie der Herstellung von Kranzgebinden wurde von der **Städtischen Friedhofsgärtnerei** die Aufzucht von ca. 1,21 Mio. Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, Kriegergräber und Opfergräber erfolgte unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials.

Widmungen

Nachstehende Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber (auf Friedhofsdauer) vergeben bzw. ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet und in Obhut der Stadt Wien übernommen sowie nur ehrenhalber auf Friedhofsdauer ohne Inobhutnahme gewidmet.

Zugang der gewidmeten Grabstellen im Jahre 1999:

Friedhof Döbling

Pippal Hans Robert Prof. (beerdigt am 13. 11. 1998), Bildender Künstler, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer; Gr. 6, R.1, Nr. 10

Pauli Herta (beerdigt am 19. 10. 1973), Autorin, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien; Gr. 13, R. 2, Nr. 5

Urnenhain der Feuerhalle Simmering

Brand Max (beerdigt am 16. 4. 1980), ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien; Abt. 5, Gr. 1, Nr. 3

Friedhof Grinzing

Mayerhofer Elfie (beerdigt am 13. 1. 1993), Sängerin, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien; Gr. 30, R. 2, Nr. 29

Friedhof Hetzendorf

Schindler Franz Dr. (beerdigt am 31. 10. 1992), Prälat, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien; Gr. 7, Nr. 87

Friedhof Ober St.Veit

Kolm-Veltee Familie, Filmpioniere, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien; Gr. C, R.1, Nr. 1

Wiener Zentralfriedhof

Klein Peter Prof. (beerdigt am 15. 10. 1992), Kammersänger, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer; Gr. 40, R.1, Nr. 27

Kraus Wolfgang Prof. (beerdigt am 1. 10. 1998), Literat, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer; Gr. 40, Nr. 63

Holaubek Josef (beerdigt am 3. 3. 1999), ehemaliger Polizeipräsident, Ehrengrab; Gr. 15G, Nr. 1

Schreiner Liselotte (beerdigt am 5. 3. 1991), Kammerschauspielerin, Inobhutnahme einer bereits 1991 ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmeten Grabstelle; Gr. 40, Nr. 163

Schuppich Walter Dr. jur. (beerdigt am 22. 6. 1999), Präsident der Rechtsanwaltskammer, Ehrengrab; Gr. 15G, Nr. 2

Reyer Walther (beerdigt am 17. 9. 1999), Kammerschauspieler, ehrenhalber auf Friedhofsdauer; Gr. 40, Nr. 100

Statistisches Amt der Stadt Wien (MA 66)

Die Abteilung ist für das Erheben, Sammeln, Aufbereiten und Analysieren sowie Veröffentlichern von aggregierten Daten, die Wien betreffen, zuständig.

Das Erheben der Daten erfolgt im überwiegenden Ausmaß im Auftrag des Österreichischen Statistischen Zentralamts (ÖSTAT, ab 2000 Statistik Österreich). Hervorgehoben werden sollen im Bereich der Datenerhebung die Probezählung 1999 als Vorbereitung für die Großzählung 2001 und die Umstellung der Preiserhebungen für den Verbraucherpreisindex.

Mit Stichtag 21. April 1999 wurde in Teilen des 8. und 18. Bezirkes eine zweite Probezählung durchgeführt. Von Bundesseite wurde als Unterstützung eine Testversion einer EDV-Applikation zur Verfügung gestellt, die aber zu wenig auf die Bedürfnisse der städtischen Lebensräume ausgerichtet war. Um kein Risiko einzugehen, wird die bei der Großzählung 1991 in Wien verwendete Applikation für die Bedürfnisse 2001 adaptiert. Bei der Probezählung konnte festgestellt werden, dass der von Bundesseite gewünschte Abgleich der Wohnsitzangaben der Volkszählung und der Meldedaten das Hauptproblem der nächsten Volkszählung sein wird. Dieser Abgleich der Wohnsitzangaben kann nur dann durchgeführt werden, wenn von Bundesseite einerseits die rechtlichen Voraussetzungen im Melde- bzw. Volkszählungsgesetz geschaffen werden und andererseits die Einrichtung und Bereinigung des Zentralen Melderegisters rechtzeitig erfolgt sowie ein effizientes Reklamationsverfahren ermöglicht wird. Da in den größeren Städten, so auch in Wien, die Großzählung nur unter Heranziehung von Zählorganen durchgeführt werden kann, ist die sozialversicherungs- und steuerrechtliche Stellung dieser Personen für den finanziellen Aufwand der Gemeinde entscheidend. Eine zufrieden stellende Lösung konnte bisher noch nicht gefunden werden. Der Abgleich der Wohnsitzangaben der Volkszählung mit den Meldedaten stellt für die Gemeinden einen zusätzlichen Arbeitsaufwand dar, der entsprechend vom Bund finanziell abgegolten werden muss.

Da die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Großzählung, insbesondere für die Volkszählung, aber auch die Entschädigungsleistungen an die Gemeinden für die Durchführung der Zählung noch völlig offen sind, erscheint die Durchführung der Großzählung im Jahr 2001 nicht gesichert.

Durch Vorgaben der Europäischen Union waren umfangreiche Umstellungen im Bereich der Preiserhebungen notwendig. Auf Grund von Veränderungen des Warenkorbs musste eine neue Sprengeinteilung vorgenommen werden. Infolge der Umstellung musste im Dezember 1999 eine Doppelerhebung auf alter und neuer Basis durchgeführt werden.

Im Rahmen der Ausweitung der internationalen Städtevergleiche hat die Abteilung das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) mit einem EU-geförderten Projekt zum Thema „CEE cities audit – online database on key indicators for the measurement of living standards in Central and East European big cities“ beauftragt. Das Projekt soll Wohlstandsindikatoren auf vergleichbarer Basis liefern und wird im Frühjahr 2000 abgeschlossen sein.

Das Sammeln von Daten aus dem Verwaltungsvollzug ist ein stark expandierender Bereich. Exemplarisch mögen hier die Daten der Standesämter für die Bevölkerungsstatistik und die Daten des Arbeitsmarktservices und des

Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger für die Arbeitsmarktstatistik angeführt werden. Da das ÖSTAT 1999 seine EDV-Applikation zur Bearbeitung der **Standesfälle** (Geburten, Eheschließungen, Todesfälle) auf eine neue Datenbanklösung umstellte, mussten in der Applikation der MA 66 Änderungen vorgenommen werden. In Zusammenarbeit mit dem ÖSTAT wurde eine Lösung erarbeitet, bei der die Bearbeitung und Plausibilitätskontrolle der Wiener Daten auf dem Rechner des ÖSTAT läuft, wodurch auch die MA 14 entlastet wird.

Da der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger trotz langjährigen Ersuchens keine bezirksweise gegliederten Daten liefern konnte, wurden infolge starker Nachfrage die von der Synthesis Forschungsgesellschaft erstellten **bezirksweisen Strukturdaten des Wiener Arbeitsmarkts** verwendet.

Das Erheben und Sammeln der Daten ist die Grundlage für das **Aufbereiten und Analysieren der Daten**. Das Endprodukt der Datenaufbereitung sind statistische Tabellen für die Print- und EDV-Medien. Es werden Daten über alle Bereiche der Stadt bereitgestellt, so über meteorologische und geographische Verhältnisse, Umwelt, Bevölkerung, Soziales, Gesundheit, Wohnen, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Verkehr, Bildung, Kultur, Religion, Freizeit, Wahlen, Verwaltung und Finanzen. Für Vergleichszwecke werden für internationale Städteanalysen statistische **Indikatoren der wichtigsten europäischen Städte** zur Verfügung gestellt. Die Datenaufbereitung und Analyse erfolgt im Spannungsverhältnis von Aktualität und Vergleichbarkeit mit früheren Jahren. Da die Nachfrage nach vergleichbaren Daten über längere Zeiträume in den letzten Jahren stark zugenommen hat, wurde im Jahre 1998 mit dem Projekt **Statistische Zeitreihen Wien 1945–2000** begonnen und 1999 sehr intensiv daran gearbeitet. Im Jahre 2000 soll ein Grundstock von Zeitreihen über alle Bereiche der Stadt vorliegen.

Die Abteilung veröffentlicht die in Tabellen aufbereiteten Daten in drei Printmedien, im Statistischen Jahrbuch und Statistischem Taschenbuch der Stadt Wien sowie im Folder „Wien in Zahlen“, und im Internet. Um das Tabellenangebot an den Bedürfnissen der Interessenten zu orientieren, wurde auf der Kundenbefragung 1998 aufbauend die Tabellenanzahl im Statistischen Jahrbuch etwas reduziert und die Anzahl der Tabellen im Internet wesentlich erweitert. Ende 1999 existierte nachfolgendes Tabellenangebot.

Tabellenmedien	Anzahl	
	Tabellen	Graphiken
Statistisches Jahrbuch	544	69
Statistisches Taschenbuch	179	24
Wien in Zahlen	23	—
Internet	118	42

Im Jahr 1999 wurden 175.267 Internetzugriffe auf Statistikdaten der Abteilung registriert. Statistische Analysen werden einerseits als Arbeits- und Entscheidungsgrundlagen erstellt, andererseits in der Fachzeitschrift „Statistische Mitteilungen“, die viermal jährlich erscheint, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Jahr 1999 wurden die Statistischen Mitteilungen umgestaltet, der Tabellenteil aufgelassen und ein Teil der Tabellen, die besonders nachgefragt wurden, ins Internet gestellt, der Analyseteil ausgebaut und das Lay-out neu gestaltet. In den Statistischen Mitteilungen der neuen Folge sollen verstärkt Gastautoren aus den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft ihre Analyseergebnisse, die wienrelevante Themen behandeln, veröffentlichen.

Die gestiegene Nachfrage nach statistischen Auskünften und Beratungen führte zur Überlegung, den Informationsdienst und die Anfragebeantwortung zu einem **Call-Center** auszubauen. Die Auskunftstätigkeit, ob telefonisch, schriftlich auf Papier oder per e-mail, hat ein solches Ausmaß erreicht, dass ab einem gewissen Zeitaufwand eine finanzielle Abgeltung überlegt wird.

Zum Zwecke der **Positionierung der Wiener Statistik** nahmen Bedienstete der Abteilung an den Sitzungen der statistischen Beratungsgremien des ÖSTAT, der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Österreichischen Städtebundes teil.

Neben der Erfüllung der statistischen Agenden gibt die Abteilung noch den Tätigkeitsbericht der Stadt Wien unter dem Titel „**Die Verwaltung der Stadt Wien**“ heraus.

Organisatorisch wurde auf der Organisationsanalyse aufbauend mit dem Aufbau des Dezernates Information, Dokumentation und Marketing begonnen und von den ursprünglich sechs Dezernaten eines eingesparrt. Die PC's wurden 1999 einheitlich mit dem Betriebssystem **Windows 95** ausgestattet und alle PC's der Type 486 durch PIII-Einheiten ersetzt. Zwei PIII-Einheiten wurden, um problemlos konvertieren zu können, mit Office 2000 ausgestattet. Die Datenanforderungen und Datenlieferungen erfolgten im internen Bereich bereits weitgehend über e-mail. Die Ausgaben für die Erstellung der Publikationen konnten infolge EDV-mäßiger Übermittlung der Tabellen und Texte an die Druckerei um ca. ATS 600.000 gegenüber dem Voranschlag reduziert werden. Das Nichterscheinen einer Sonderpublikation brachte vorübergehend einen Ausgabenrückgang um ATS 215.000. Erstmals wirkte sich 1999 die Aufnahme der Pönalezahlungen in die Ausschreibungsbedingungen aus, und eine termingerechte Fertigstellung der Publikationen war die Folge.

Die Durchleuchtung der Abteilung auf Kosten, Leistungen und Erträge führte zu einem ersten detaillierten Überblick über die Ausgaben und Einnahmen.

Kosten-, Leistungs- und Ertragsübersicht

Tätigkeiten	Personeneinsatz	Sachkosten in ATS	Leistungen	Ertrag in ATS
Datengewinnung durch Erhebung	4,5	439.549	Erhebungen für Bund, Grundlagen für Tabellen	714.620
Datengewinnung aus Verwaltungsvollzug	4,2	–	Grundlagen für Tabellen	–
Datenaufbereitung für Tabellen in Print- und EDV-Medien	6,5	¹⁾ 554.280	Datenangebot für statistische Publikationen und Internet	kostenlos
Datenanalyse	2,5	–	Berichte, Artikel, Auswertungen	54.210
Redaktion Verwaltungsbericht	0,8	–	Verwaltungsbericht	7.800
Lektorat, Drucklegung, Verkauf, Inserate	1,5	²⁾ 1.143.314	statistische Publikationen	³⁾ 200.269
Statistische Beratung, Auskunftserteilung und Bibliothek	3,2	–	Informationsdienst, Anfragenbeantwortungen	kostenlos
EDV-Organisation und Betreuung	1,0	⁴⁾ 1.997.795	EDV-Support, Programmerstellung	–
Teilnahme an Besprechungen, Tagungen, Konferenzen; Fortbildung	1,0	⁵⁾ 38.291	Positionierung der Statistik	–
Führungsaufgaben und Kanzlei	1,8	–	Lenkungsmaßnahmen	–
Aufgaben insgesamt	⁶⁾ 27,0	⁷⁾ 4.173.229	Leistungen insgesamt	976.899

¹⁾ EU-Projekte und graphische Datenaufbereitung

²⁾ Druckwerke, öffentl. Abgaben, abgeschriebene Forderungen, Geldverkehrsspesen

³⁾ Veräußerungen, Inserateneinnahmen, Kostenersatz

⁴⁾ Kosten der MA 14 für EDV-Leistungen

⁵⁾ Mitgliedsbeiträge und Dienstreisekosten

⁶⁾ Für die 27 Beschäftigten entstanden Personalkosten von ATS 13.016.591

⁷⁾ ohne Buchhaltungskosten

Das Statistische Amt erbrachte die oben angeführten Leistungen mit 27 Beschäftigten, die Personalkosten in der Höhe von ATS 13.016.591 verursachten. Für die Datengewinnung und Aufbereitung wurden Geldmittel in der Höhe von ATS 993.829 benötigt. Die Drucklegung der Publikationen erforderte Kosten in der Höhe von ATS 1.143.314. Die von der MA 14 für die Abteilung erbrachten EDV-Leistungen betragen ATS 1.997.795. Die Leistungen der Buchhaltung (MA 6 – Buchhaltungsabteilung 3) für die Abteilung wurden noch nicht finanziell bewertet.

Als Abgeltung für die Erhebungstätigkeit erhielt die Abteilung ATS 714.620, wobei die Abrechnung für die Probezählung 1999 noch nicht erfolgte. Aus dem Publikations- und Datenverkauf (Datenanalyse) sowie den Insertionen wurden Einnahmen in der Höhe von ATS 262.279 erzielt. Die Statistische Auskunft- und Beratungstätigkeit erfolgte 1999 noch kostenlos. In Zukunft muss aber diese Serviceleistung, da sie sehr personalintensiv und zeitaufwendig ist, ab einem gewissen Ausmaß gegen Kostenersatz verrechnet werden.

Somit stehen den Ausgaben von ATS 17.189.820 für Personal und Sachaufwand überwiegend immaterielle Leistungen gegenüber, die sowohl als Grundlage für politische Entscheidungen und Ressourceneinsatz dienen als auch für Kontrollzwecke herangezogen werden. Mit den Erträgen aus der Datengewinnung und dem Verkauf von Informationen konnten Einnahmen von ATS 976.899 erzielt werden.

Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (MA-K)

Die Abwicklung der Aufgaben der (in der MA-K angesiedelten) Geschäftsstelle des mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF), dem die Abgeltung der Leistungen der Krankenanstalten für Personen, für die ein Sozialversicherungsträger leistungspflichtig ist sowie sonstige auf dem Gebiet der Finanzierung von Wiener Krankenanstalten zu setzenden Maßnahmen obliegen, bildete – neben sonstigen Agenden im Zusammenhang mit der Krankenanstaltenfinanzierung (etwa Angelegenheiten der Gebührenfestsetzung oder des Klinischen Mehraufwandes) – den Schwerpunkt der Tätigkeit der MA-K.

Die MA-K hat dabei die laufenden Geschäfte, insbesondere die Durchführung des zur Erfüllung der Aufgaben der **Fonds-Kommission** (dem Organ des WIKRAF) notwendigen Schriftverkehrs, die Vorbereitungen der Sitzungen der Fonds-Kommission sowie alle Aufgaben, die nicht ausdrücklich der Fonds-Kommission oder deren Vorsitzender obliegen, wahrzunehmen. Der WIKRAF wird aus Beiträgen des Bundes, der Länder, der Gemeinden, aus Mitteln der Träger der Sozialversicherung sowie aus sonstigen Mitteln gespeist. Die Gesamtmittel betragen für das Jahr 1999 rund ATS 14,6 Mrd., die von der Geschäftsstelle nach Maßgabe der Beschlüsse der Fonds-Kommission durch monatliche (etwa im stationären Bereich) bzw. quartalsmäßige (etwa im ambulanten Bereich) Zahlungen an die Krankenanstalten überwiesen werden.

In den vom WIKRAF teilfinanzierten 27 Wiener Krankenanstalten (davon 17 städtische, inkl. des dem Allgemeinen Krankenhaus angegliederten St. Anna Kinderspitals, 8 Ordensspitäler, das Hanusch-Krankenhaus und das Evangelische Krankenhaus) fielen an rund 450.000 sozialversicherten Patienten bei ca. 3,6 Mio. Pflegetagen im stationären Bereich im Zuge der **leistungsorientierten Abrechnung** nach Punkten nach dem Wiener LKF-Modell 20,5 Mrd. Punkte an, die über die Geschäftsstelle an die Krankenanstalten abgegolten wurden. Die Abgeltung der Ambulanzleistungen für 24 Krankenanstalten, Zuschüsse zu Investitionsvorhaben sowie die Überweisung von Mitteln an einige nichtstädtische Krankenanstalten zu dem Zweck, die durch die Umstellung auf die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung bedingten Mindereinnahmen abzugelten, komplettierten – neben den abzuwickelnden Transferierungen der Beihilfenmittel nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz – die von der Geschäftsstelle vorzunehmenden Auszahlungen.

Die Geschäftsstelle hatte im Jahr 1999 rund 300 Anträge auf Genehmigung von Investitionsvorhaben bzw. auf Gewährung von Investitionszuschüssen zu bearbeiten. Nach Überprüfung der Anträge wurden diese der Fonds-Kommission zur Beschlussfassung vorgelegt.

Im Anschluss an die Behandlung **ausländischer Gastpatienten** werden deren Behandlungskosten auf Grundlage von zwischenstaatlichen Übereinkommen oder überstaatlichem Recht über soziale Sicherheit im Wege des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger gegenüber dem Ausland geltend gemacht. Im Zusammenhang mit diesen Kostenforderungen wurden von der Geschäftsstelle im Jahr 1999 rund 3.230 Fälle bearbeitet.

Bei rund 1.340 Akten wurden den regressführenden Sozialversicherungsträgern im Zusammenhang mit Kostenanfragen bei möglichen Regressfällen 1999 seitens der Geschäftsstelle Auskünfte erstattet.

Die **Plausibilitätsprüfung** der von den Krankenanstalten für den stationären Bereich gemeldeten Daten sowie die auf Grund des Bundesgesetzes über die Dokumentation im Gesundheitswesen (BGBl. Nr. 745/1996 und der dazu ergangenen Verordnungen) zu erstellenden und dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu übermittelnden Diagnose- und Leistungsberichte, die die Diagnosen sowie die medizinischen Einzelleistungen der stationären Patienten und die Ergebnisse der Bepunktung im LKF-Bereich beinhalten, bildeten ebenso wie die Vorbereitung der Einstufung der Intensivbehandlungseinheiten in den Krankenanstalten und die Prüfung der Nachweise der widmungsgemäßen Verwendung von Investitionszuschüssen weitere Aufgabenbereiche der Geschäftsstelle.

Im Rahmen der dem WIKRAF gemäß dem Wiener Krankenanstaltengesetz obliegenden **wirtschaftlichen Aufsicht** über Krankenanstalten, die Beiträge zum Betriebsabgang oder zum Errichtungsaufwand oder sonstige Zahlungen durch den WIKRAF erhalten, hat die Geschäftsstelle die Rechnungsabschlüsse 1998 sowie die Voranschläge 2000 der 10 nicht-städtischen Krankenanstalten hinsichtlich der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüft.

Auch 1999 wurden wieder umfangreiche Vorbereitungsarbeiten bezüglich der Beschlussfassung durch die Landesregierung bzw. den Gemeinderat im Zusammenhang mit der Festsetzung der **Pflege- und Anstaltsgebühren**, der Pflegegebühren für Begleitpersonen, der Kostenbeiträge sowie der tatsächlichen Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß § 51 Abs. 2 Wiener Krankenanstaltengesetz, der Festsetzung der Pflegeentgelte für die städtischen Pflegeheime, der Festsetzung der Transportgebühren für die Inanspruchnahme des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien sowie der Festsetzung der Gebühren für die Bereitstellung einer Rettungsambulanz und eines Arztes vorgenommen. Im Jahr 1999 insbesondere von Bedeutung waren die Verhandlungen hinsichtlich der Festsetzung der Anstaltsgebühren, bei denen erst Mitte des Jahres – allerdings mit Gültigkeit bis Ende 2000 – eine Einigung mit den Privatversicherungen in Bezug auf die Höhe erzielt werden konnte (hervorzuheben ist, dass die Anstaltsgebühr erstmals getrennt für Standardkrankenanstalten, Schwerpunktkrankenanstalten und das AKH festgesetzt wurde). Auch ein Abschluss eines Vertrags mit einem – nicht zuletzt auf Grund des EU-weiten Wettbewerbs verstärkt am österreichischen Markt tätigen – ausländischen Versicherungsunternehmen hinsichtlich der Direktverrechnung von Sonderklasseaufenthalten war 1999 durch die MA-K durchzuführen.

Angelegenheiten des **Klinischen Mehraufwands** komplettierten die Aufgaben der MA-K, wobei anzumerken ist, dass das Jahr 1999 durch rechtliche Schritte im Zusammenhang mit der Geltendmachung finanzieller Forderungen gegenüber dem Bund geprägt war.

Auch 1999 nahmen die Mitarbeiter der MA-K an zahlreichen Veranstaltungen, Arbeitskreisen, Symposien u. dgl. teil, wovon vor allem die **LKF-Arbeitskreissitzungen**, die hauptsächlich der Weiterentwicklung des LKF-Systems dienen, hervorzuheben sind.

Wiener Stadtwerke

Vorwort

Das Jahr 1999 war für die Wiener Stadtwerke eines der bedeutendsten in ihrer 50-jährigen Unternehmensgeschichte. Als Vorgriff auf zu erwartende europäische Entwicklungen haben die Wiener Stadtwerke beginnend ab 1992 umfangreiche Vorarbeiten über Marktentwicklungen, Bedrohungspotentiale und Organisationsstrukturen unter Beiziehung von Consultern veranlasst. Auf Basis dieser Ausarbeitungen wurde seitens der für die Wiener Stadtwerke zuständigen Amtsführenden Stadträtin, Frau Mag. Brigitte Ederer, am 17. November 1997 der Auftrag gegeben, Varianten für die **Neustrukturierung der Wiener Stadtwerke** auszuarbeiten, mit dem Ziel, auch unter starkem Wettbewerb die optimale Erbringung von Diensten für die Kunden sicherzustellen.

Ziel war neben der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch eine flexiblere Teilnahme am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr, der Ermöglichung neuer Formen des Marktzuganges oder der Finanzierung durch Erlangung der Kapitalmarktfähigkeit bzw. durch Verschränkung mit anderen Unternehmungen auch eine Vereinfachung der Willensbildung in derartigen Fragen, was für Vertragspartner nachvollziehbare Entscheidungswege und klare Verantwortungen mit sich bringt. Diese Ziele waren in der gegebenen Struktur als Teil des Magistrats der Stadt Wien kaum erreichbar. Diese Maßnahmen erhielten durch die EU-Binnenmarktrichtlinien in Gang gesetzte Liberalisierung der Energiemärkte sowie die derzeit überlegte Öffnung des Marktes für Dienstleistungen des öffentlichen Personennahverkehrs besondere Priorität.

In seiner Sitzung vom 24. Juni 1998 gab der Gemeinderat der Stadt Wien voraussichtlich den Auftrag, Anträge an den Gemeinderat über die Ausgliederung der bisher von den Wiener Stadtwerken als Unternehmung gemäß § 71 Wiener Stadtverfassung und des Statutes für die Unternehmungen der Stadt Wien wahrgenommenen Aufgabenerfüllungen und deren **Überführung in eine Aktiengesellschaft** bis 31. Dezember 1998 vorzubereiten, sodass die entsprechenden Beschlüsse des Gemeinderates bis längstens zur genannten Frist vorliegen.

Nach Beschlussfassung über die **Gründung der Gesellschaften** mit dem Firmenwortlaut Wiener Stadtwerke Holding AG, Wienstrom GmbH., Wiengas GmbH., Wiener Linien GmbH., Bestattung Wien GmbH. und Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH. erfolgten die entsprechenden Eintragungen in das Firmenbuch.

Am 17. Dezember 1998 beschloss der Gemeinderat endgültig die **Rechtsformänderung der Wiener Stadtwerke**. In weiterer Folge wurde im Wege der Gesamtrechtsnachfolge das Vermögen auf die Nachfolgegesellschaften übertragen. Mit der Eintragung dieser Vermögenseinbringung in das Firmenbuch – am 11. Juni 1999 für die Wiener Stadtwerke Holding AG, am 12. Juni 1999 für die Tochtergesellschaften – begann die operative Tätigkeit der Gesellschaften.

Rechtliche Grundlage für die Umstrukturierung bildete das Bundesgesetz über Maßnahmen anlässlich der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke und Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (BGBl. Nr. 68/1999). Durch dieses Bundesgesetz wurde im Übrigen der Wiener Stadtwerke Holding AG die Kollektivvertragsfähigkeit zuerkannt.

Mit dem durch den Wiener Landtag beschlossenen Wiener Zuweisungsgesetz (**Wiener Stadtwerke-Umstrukturierungsgesetz**), LGBl. für Wien Nr. 17/1999, wurden jene Bediensteten der Gemeinde Wien, die im Zeitpunkt der Betriebsaufnahme der Nachfolgegesellschaften in den ehemaligen Wiener Stadtwerken beschäftigt waren, den jeweils entsprechenden Gesellschaften mit 11. und 12. Juni 1999 zur Dienstleistung zugewiesen.

Durch diese Zuweisung tritt in der dienst-, besoldungs- und pensionsrechtlichen Stellung der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis Beschäftigten bzw. in der dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung der in einem durch Vertrag begründeten Dienstverhältnis Beschäftigten keine Änderung ein. Die Aufnahme von ArbeitnehmerInnen direkt zu den Gesellschaften wird abgesehen von den Lehrlingseinstellungen und einzelner gesonderter Verträge erst nach einer zweijährigen Übergangsphase nach Abschluss des Kollektivvertrages mit Mitte 2001 erfolgen.

Wirtschaftlicher Überblick

Wie in der gesamten Europäischen Union musste auch in Österreich im Jahr 1999 ein leichter Konjunkturrückgang festgestellt werden, wobei das reale Wirtschaftswachstum 2,2 % gegenüber 2,9 % im Vorjahr betrug. Der Zuwachs war im ersten Halbjahr von einer lebhaften Inlandsnachfrage aufgrund günstiger Beschäftigungsentwicklung, steigender Einkommen und anhaltender Preisstabilität getragen. Im zweiten Halbjahr wurde die Entwicklung durch vermehrte Export- und Investitionstätigkeit im Zuge verbesserter internationaler Rahmenbedingungen gestützt. Das Wirtschaftswachstum betrug in der EU im Jahr 1999 2,0 % gegenüber 2,7 % im Jahr zuvor.

Im Energiebereich trat aufgrund des **Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ELWOG)** am 19. Februar 1999 die erste Stufe der Marktöffnung am Elektrizitätssektor in Kraft. Verbraucher, die mehr als 40 GWh im Jahr beziehen, dürfen ab diesem Zeitpunkt ihren Versorger innerhalb der EU selbst wählen.

Unter diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelang es den Wiener Stadtwerken weiterhin, die Zielsetzungen hinsichtlich der sicheren, flächendeckenden und umweltfreundlichen Energieversorgung unter dem Aspekt der höchsten Qualität bei strikter Beachtung der Kostenentwicklung zu realisieren und weitere Akzente im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs zu setzen.

WIENER STADTWERKE Holding AG

Vorstand

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates und seine Stellvertreter wurden bereits in der konstituierenden Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft am 2. September 1998 ermächtigt, für die Bestellung der Vorstandsmitglieder ab 1. Jänner 1999 im Namen des Aufsichtsrates eine Ausschreibung im Sinne des Stellenbesetzungsgesetzes durchzuführen. Diese wurde am 30. September 1998 mit Veröffentlichung in der Wiener Zeitung und in der Presse in Gang gesetzt. Die Ausschreibungsfrist endete am 3. November 1998.

Nach einer Besetzungsempfehlung eines Personalberatungsunternehmens wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates am 15. Dezember 1998 der Vorstand mit Wirksamkeit 1. Jänner 1999 auf die Dauer von 5 Jahren bestellt.

Konzernorganisation und Informationsmanagement

Das Jahr 1999 war im Wesentlichen durch Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der Y2k-Problematik geprägt. Dabei wurden mehr als 5.000 Positionen inventarisiert und durch den zusätzlichen Einsatz von mehr als 800 Bediensteten zum Jahreswechsel sicher gestellt, dass das vorhandene Restrisiko auf ein Minimum reduziert wurde.

Parallel dazu musste auf Grund der konzernweiten Einführung des Standardproduktes SAP im Bereich des Rechnungswesens das technische Systemumfeld im Konzernrechenzentrum entsprechend ausgerichtet werden. Derzeit werden im Netzwerk der Wiener Stadtwerke mehr als 150 Server, 3.200 PCs und 500 Datensichtgeräte betrieben. Die Speicherkapazität des Konzernrechenzentrums beträgt 1.320 Gigabyte, die verfügbare Rechnerleistung 316 MIPS (million instructions per second). Durch die Verteilung der Rechnerleistung auf zwei Standorte und deren Vernetzung ist sichergestellt, dass unternehmenskritische Anwendungen auch im Katastrophenfall – bei Ausfall einer Lokation – betrieben werden können.

Konzernkommunikation

Die Aktivitäten des Jahres 1999 waren vor allem gekennzeichnet durch die Bemühungen, die Ausgliederung der Wiener Stadtwerke entsprechend PR-mäßig zu betreuen und die Vorbereitungen für die selbständige Tätigkeit der WIENER STADTWERKE auf dem PR-Sektor abzuschließen. Zu diesem Zweck wurden die entsprechenden Infrastrukturen für eine Pressebetreuung eingerichtet sowie der Aufbau eines Informationsnetzwerks durchgeführt.

Im Bereich der internen Kommunikation kam es zur Erstausgabe einer konzernweiten Mitarbeiterzeitung, die inzwischen einen integrativen Bestandteil darstellt.

Mit der Gründung der WIENCOM WerbeBeratungsGmbH. als ausgelagerte Werbeabteilung des Gesamtkonzerns wurde ein erster Schritt für die neue Rolle der WIENER STADTWERKE als Multiutility-Anbieter auf dem Energie- und Verkehrsmarkt gesetzt.

Strategie und Energiekoordination

Vom Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung (AKE) wurden im Berichtszeitraum insgesamt 242 Empfehlungen für die Energieversorgung, davon 166 für Wohnhausanlagen mit rund 7.800 Wohneinheiten, abgegeben. Der Anschlusswert in Summe beträgt ca. 116.500 Kilowatt. Davon entfallen rund 68 % auf Fernwärme und 32 % auf Erdgas. Andere Energieträger (Strom, Öl, feste Brennstoffe etc.) wurden in diesem Zeitraum nicht empfohlen.

Das Referat hat 1999 614 Wohnbauförderungsansuchen zur Errichtung von mehr als 4.800 Wohnungen im Hinblick auf die Energieversorgung überprüft. Aufgrund der Umwidmung vieler Kleingartenanlagen auf ganzjährige Wohnnutzung konnte ein merklicher Anstieg der Wohnbauförderungsansuchen in diesem Jahr festgestellt werden. Im Zuge der Zusammenarbeit mit WIEN ENERGIE wurden sieben Beratungen für Förderungswerber von Ein- und Zweifamilienhäusern durchgeführt.

Vorstandsbereich Finanzen

Der Finanzbereich war im starken Maß von der konsequenten Weiterführung der Vermögensübertragungen gekennzeichnet. In Begleitung der im Vorwort geschilderten Maßnahmen war eine Vielzahl von Begleitmaßnahmen und -abkommen mit den Finanzbehörden zu treffen. Ebenso wurden die Verhandlungen mit der Finanzverwaltung der Stadt Wien weitergeführt, da mit dem politischen Auftrag der Kostenneutralität der Umstrukturierung für die Stadt Wien die Finanzflüsse zwischen den neuen Gesellschaften und der Stadt Wien durch die nunmehr getrennten Rechtspersonen zum Teil neu zu regeln waren. Organisatorisch ergab sich durch den gesonderten Rechtsträger WIENER STADTWERKE Holding AG die Notwendigkeit, die entsprechende Infrastruktur zu schaffen. Um den Konzerngedanken Rechnung zu tragen, wurden im Bereich der Buchhaltung, Treasury und Controlling neue Akzente gesetzt.

Ausgehend von und für den Sektor Rechnungswesen fiel die Entscheidung, konzernübergreifend SAP einzuführen. Ausgelöst durch die Erfordernisse bei WIENSTROM, die Geschäftsfelder gesondert zu verrechnen und im Holdingbereich ein eigenes Rechnungswesen zu installieren, war für die Umsetzung nur wenig Zeit gegeben. Bis zur Betriebsaufnahme Mitte des Jahres 1999 hatten im Bereich Buchhaltung und Kostenrechnung die Module FI und CO im

Produktionsbetrieb zu laufen. Dabei mussten im Vorfeld über die Ein-Mandanten-Lösung jene Abklärungen getroffen werden, dass einerseits die konzernübergreifenden Überlegungen manifestiert wurden, andererseits jedoch für die Tochtergesellschaften die gesellschaftsspezifischen Freiräume gewahrt blieben.

Im konzernweiten Treasury wurde mit der Bildung zweier Spezial-Investmentfonds (WSTW I u. II) langfristige Gelder der WSTW Holding AG und Tochtergesellschaften gebündelt und mittel- bis langfristig veranlagt.

Weiters wurde am 17. Dezember 1999 die e&t Energie Handelsgesellschaft mbH als 50-%ige Beteiligung gemeinsam mit der EVN gegründet. Die noch in den Wiener Stadtwerken „alt“ begonnenen Controlling-Aktivitäten sollen mit einem, im Vorstandsbereich Finanzen angesiedelten, institutionalisierten Konzerncontrolling forciert werden. Die Hauptaufgabe dieses Referates liegt in der Implementierung eines übergreifenden Controllingkonzepts, wobei in jeder Tochtergesellschaft ein operatives Controlling unter der Richtlinienkompetenz der WSTW Holding AG zu installieren ist. Ein weiteres Betätigungsfeld ist das Kostenstellencontrolling innerhalb der WIENER STADTWERKE Holding AG selbst.

Vorstandsbereich Personal und Recht (Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke)

Mit Erlass vom 15. Juni 1999, MD-1429-1/99, wurde ein neues Referat in der Magistratsdirektion mit der Bezeichnung Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke eingerichtet. Diesem Referat obliegt nunmehr die Wahrnehmung aller Personalaufgaben, nach dem Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien gem. § 71 WStV, in Vollziehung des erwähnten Personalzuweisungsgesetzes.

Personalstand

Mit Stichtag 31. Dezember 1999 betrug der Personalstand der Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke inklusive KarenzurlauberInnen und Präsenzdienern 14.605 Beschäftigte, davon sind der WIENSTROM GmbH. 3.981, der WIENGAS GmbH. 1.300, der BESTATTUNG WIEN GmbH. 448, der WIENER LINIEN GmbH. & Co KG 8.717 sowie der WIENER STADTWERKE Holding AG 159 Bedienstete zugewiesen.

Am Ende des Berichtsjahres betrug die Anzahl der Ruhe- und Versorgungsgenussbezieher 12.070. Am 31. Dezember 1999 wurden im Rahmen der Wiener Stadtwerke insgesamt 280 Lehrlinge (208 männliche sowie 72 weibliche Lehrlinge) beschäftigt, davon 74 Lehrlinge direkt bei den Gesellschaften.

Eine erfolgte Änderung des Bezugsverrechnungssystems ermöglicht nunmehr, dass sämtliche Teilbereiche des Konzerns, Gesellschaften sowie zugewiesene Bedienstete verrechnet werden können. Für das System stellt es somit keine Schwierigkeit dar, ob nach der Besoldungsordnung, der Vertragsbedienstetenordnung oder nach Kollektivverträgen abgerechnet werden soll.

Schulung und Ausbildung

An den insgesamt 815 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen des Schulungszentrums haben knapp 6.400 Personen teilgenommen.

Das Schulungsangebot umfasste die Bereiche EDV, Corporate Akustik, Energieberaterausbildung, EU, Sprachen, Fachschulungen, Informationsveranstaltungen und insbesondere Seminare zu Managementtechnik und Persönlichkeitsentwicklung. Zusätzlich zu dem Angebot der konzernübergreifenden Schulungen wurden diverse Fachkurse für spezifische Berufsgruppen einzelner Unternehmensbereiche angeboten.

Dem Schulungszentrum obliegt weiters die Betreuung der Lehrlinge.

WIENSTROM GmbH.

Aufbringung und Abgabe

Im Betrachtungszeitraum wurden in Summe 10.370,1 GWh elektrischer Energie aufgebracht. Davon entfielen 4.578,2 GWh auf die Eigenerzeugung (inklusive Bezugsrechte) und 5.791,9 GWh auf den Fremdstrombezug.

Im Fremdstrombezug sind auch 368,2 GWh aus Stromhandelsaktivitäten enthalten. Somit betrug der um die Handelsaktivitäten bereinigte Energiebedarf im WIENSTROM-Versorgungsgebiet 10.001,9 GWh, dies bedeutet einen Zuwachs von +1,97 % im Vergleich zu 1998.

Die nutzbare Stromabgabe betrug 9.316,9 GWh (+2,14 % gegenüber dem Vorjahr). Für die Fernwärme Wien konnten 3.022,4 GWh (1998: 2.794,0 GWh) abgegeben werden.

Das Leitungsnetz wurde um 1,1 % von 21.780,2 km (1998) auf 22.019,2 km im Berichtsjahr verlängert. Die Zahl der angeschlossenen Zähler erhöhte sich um 0,7 % auf 1.416.734.

WIENGAS GmbH.

Erdgasabgabe

Die Erdgasabgabe an Tarifikunden ist von 702,7 Mio. m³ im Jahr 1998 auf 705,8 Mio. m³ (+ 0,5 %), jene an Großkunden von 1.177,8 Mio. m³ im Jahr 1998 auf 1.215,2 Mio. m³ (+ 3,2 %) gestiegen.

Der Grund für die Steigerung bei den Großkunden resultiert aus einem zusätzlichen Verkauf von Spotgas an WIENSTROM, aus der Übernahme ehemaliger größerer Tarifikunden sowie aus einem Kundenzuwachs.

Rohstoffsektor

Die den Gasbezugspreis bestimmenden Ölpreise nahmen im Berichtszeitraum stetig zu. Der Importgaspreis stieg bis zum Ende des 4. Quartals 1999 gegenüber dem Beginn des 1. Quartals 1999 um rund 54 %; erwartet werden kann eine nochmalige Steigerung vom 1. auf das 4. Quartal 2000 um ca. 25 bis 30 %. Trotzdem lag der Jahresimportgaspreis 1999 geringfügig unter dem des Vorjahres.

Das Rohrnetz wuchs um 1 % von 3.348,3 km auf 3.383,4 km. Die Zahl der angeschlossenen Zähler verringerte sich hingegen um 0,3 % auf 720.273.

WIENER LINIEN GmbH. & Co KG

Im Berichtsjahr verzeichneten die WIENER LINIEN insgesamt 711,4 Mio. Fahrgäste, was gegenüber 1998 einen Zuwachs um 7,2 Mio. oder 1,0 % bedeutet. Während bei der Straßenbahn (-0,3 %) und beim Autobus (-0,5 %) geringfügige Rückgänge in den Beförderungszahlen zu verzeichnen waren, konnte die U-Bahn ein kräftiges Plus von 2,2 % einfahren. Diese Entwicklung unterstreicht die Richtigkeit des weiteren Ausbaus des U-Bahn-Netzes. Zur Modernisierung des Fuhrparks wurden 12 Niederflurstraßenbahnen, 6 Niederflur-U-Bahnwagen (für die U6) sowie 29 Niederflur-Normalbusse und 9 Niederflur-Gelenkbusse angeschafft.

BESTATTUNG WIEN GmbH.

Bestattungsleistungen

Dem Unternehmen wurden im Berichtsjahr insgesamt 21.344 Aufträge übertragen, das sind um 326 weniger als im Jahr 1998 (-1,5 %). Die Anzahl der Erd- und Feuerbestattungen verringerte sich auf 14.520 (1998: 14.694).

Beim Sargverkauf in die Bundesländer musste entsprechend dem österreichweit zu beobachtenden Trend eines Rückgangs der Sterblichkeit infolge der höheren Lebenserwartung ein Rückgang von 4,9 % auf 14.221 Säрге verzeichnet werden. Dennoch konnte die Sargproduktion im Jahr 1999 um 178 Stück ihre Erzeugungskapazität auf 32.764 Stück leicht steigern.

FERNWÄRME WIEN GmbH.

Fernwärmeabgabe und Müllverbrennung

Im Kalenderjahr 1999 betrug die installierte Erzeugungskapazität 2.530 MW, wobei je nach Bedarf 12 Erzeugungsanlagen in 9 Fernwärmewerken in das Verbundnetz einspeisten. Bei annähernd gleichem Temperaturverlauf wie im Vorjahr wurden im Kalenderjahr 1999 rund 4.995 GWh an Wärme aufgebracht, davon 4.842 GWh im Verbundbetrieb.

In den beiden Müllverbrennungsanlagen wurden 1999 rund 450.200 t Hausmüll verbrannt, und zwar rund 187.000 t in der Anlage Flötzersteig sowie rund 263.200 t in der Anlage Spittelau. Die bei der Müllverbrennung gewonnene Wärme betrug rund 779 GWh, das sind 16 % der gesamten Jahresarbeit des Fernwärmeverbundes.

Fernwärme Wien verfügte 1999 über 202.356 Wohnungs- und 4.392 Großkunden. Das Leitungsnetz wurde um ca. 37 km auf 873,7 km verlängert.

WIENER STADTWERKE Beteiligungsmanagement GmbH. (BMG)

Die BMG bildet eine strategische Klammer zwischen dem im Vergleich zur Vorperiode noch breiteren Spektrum an Beteiligungsunternehmen in den Branchen Bauwirtschaft, Verkehrswesen, Parkraumbewirtschaftung, Telekommunikation, Informationstechnologie, Energie und Facility Management, Consulting, Abfall und Entsorgung. Nachstehend werden wesentliche Neuerungen in den betreuten Gesellschaften angeführt.

EnergieComfort Energie- und Gebäudemanagement GmbH. (BMG 100 %)

Das Unternehmen beschäftigt sich mit der Errichtung und dem Betrieb von Energieversorgungsanlagen, der Planung, Finanzierung und Umsetzung von energiesparenden Maßnahmen (Contracting) und dem Betrieb und der Instandhaltung haustechnischer Anlagen (Facility Management). 1999 wurde das Stammkapital der Gesellschaft auf ATS 3,5 Mio. erhöht. Die Beteiligung an der FAMWAG Gebäudemanagement GmbH. wurde auf 22 % aufgestockt. Weiters wurde mit der Gemeinde Purkersdorf eine Tochtergesellschaft gegründet.

Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen (BMG 96,58 %)

Bedeutende Ereignisse in der Berichtsperiode waren die Genehmigung der Verlängerung der Eisenbahnkonzession mit 1. 1. 1999 für weitere 25 Jahre, der Abschluss eines Finanzierungsabkommens mit Niederösterreich, Wien und dem Bund über die Finanzierung des Bahnbetriebes, die Erlangung der Konzession als Eisenbahnverkehrsunternehmen für Personen- und Güterverkehr auf Haupt- und Nebenbahnen mit Normal- und Schmalspurbetrieb, die Gründung der Wiener Lokalbahnen Verkehrsdienste GmbH. sowie die Übernahme von rund 40 % des Fahrtendienstes Haas.

PROTECT Abfallsammlungs und -behandlungs GmbH. (BMG 68 %)

Gegen Jahresende wurden die P & H Umweltservice GmbH. und die Herbert Palmetzhofer Einzelunternehmung erworben. Die Unternehmen sind vor allem mit der Sammlung und Behandlung von Abfällen sowie der Tankreinigung beschäftigt.

TetraCall Bündelfunk Errichtungs- und Betriebs-GmbH. (BMG 50 %)

Die im November gegründete Gesellschaft wird nach Lizenzerteilung die Errichtung, den Betrieb und die Wartung eines Telekommunikationsnetzes für das digitale Bündelfunksystem TETRA zur Erbringung des öffentlichen Sprachtelefondienstes mittels Mobilfunk durchführen.

TEERAG-ASDAG Aktiengesellschaft (BMG 49,76 %)

In Vorbereitung steht die Einbringung der Allgemeinen Straßenbau-Aktiengesellschaft, eine 100 %-Tochtergesellschaft der Allgemeinen Baugesellschaft – A. Porr Aktiengesellschaft, als Sacheinlage in die TEERAG-ASDAG AG. Im Gegenzug wird die Porr Aktien der TEERAG-ASDAG aus der Kapitalerhöhung erhalten. Die Wiener Städtische Versicherung AG hat ein Aktienpaket im Ausmaß von 17 % mit einer Rückkaufsoption übernommen.

Vereinigte Telekom Österreich Beteiligungs GmbH. (VTÖB) (BMG 18,28 %)

Im Berichtszeitraum veräußerte die VTÖB ihre 10-%-Beteiligung an der max.mobil. Telekommunikation Service GmbH. Die VTÖB ist gemeinsam mit der Swisscom AG Eigentümer von Österreichs führendem alternativen Netzbetreiber, der UTA Telekom AG. Durch das Ausscheiden der Salzburger AG für Energiewirtschaft (SAFE) konnte die BMG im Dezember 1999 ihren Anteil an der VTÖB auf 18,28 % erhöhen.

Burgenland Holding Aktiengesellschaft (BMG 5 %)

Im ersten Halbjahr 1999 wurde von der Wiener Städtischen Allgemeinen Versicherung AG ein Aktienpaket erworben.

Highlights der Wiener Stadtwerke 1999

- 25. bis 27. 2. Festveranstaltung „50 Jahre Wiener Stadtwerke“
 - 1. 5. Vollbetrieb der Wiener Linien am Tag der Arbeit
 - 1. 5. Fertigstellung der Y2k-Krisenpläne für die Stromversorgung
- 19. 6. Tramwaytag anlässlich 25 Jahre Zentralwerkstätte
- 24. 6. Inbetriebnahme des getauschten Laufrades im WKW Gaming 1
 - 1. 7. Aufnahme der operativen Tätigkeit der Wiener Stadtwerke Holding AG und deren Tochtergesellschaften WIENSTROM GmbH., WIENGAS GmbH., WIENER LINIEN GmbH. & Co KG, BESTATTUNG WIEN GmbH., FERNWÄRME WIEN GmbH. und Wiener Stadtwerke – BETEILIGUNGSMANAGEMENT GmbH.
- 6. 10. Präsentation der endgültigen Trasse für die Verlängerung der U2 nach Aspern
- 8. bis 10. 10. Festveranstaltung „100 Jahre WIENGAS“
- 12. 11. Inbetriebnahme der 110-kV-Freileitung zwischen UW Moosbrunn (WIENSTROM) und UW Wasenbruck (EVN)
- 3. 12. Erste Testfahrt auf der Verlängerungsstrecke der U3 zwischen Erdberg und Simmering
- 7. 12. Grundsteinlegung für den neuen Block 3 im Kraftwerk Donaustadt